Freitag, 26. Oktober 1923. **Einzelnummer 5000 Mark.** 62. Jahrgang. — Nr. 244

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl. Postgebühren 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M. in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M
Reklameteil 8000.— M

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M. „ Reklameteil 8000.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Folgerungen aus den Haager Gutachten.

Von Rechtsanwalt Dr. Rukser.

I. Bekanntlich hat die Haager „cour permanente" in ihrem Gutachten vom 15. September, das die Billigung des Völkerbundes gefunden hat, hinsichtlich des Art. 4 des Minoritätenvertrages die hier stets vertretene Ansicht bestätigt; nach dieser erwerben diejenigen Personen ohne weiteres die polnische Staatsangehörigkeit, die in dem jetzt zu Polen gehörenden Gebiet von Eltern geboren sind, die zur Zeit ihrer Geburt dort ihren Wohnsitz hatten. Die Tatsache der Geburt allein schafft also bereits den Besitz der vollen Staatsangehörigkeit; die Ausstellung einer Urkunde über das polnische Bürgerrecht bezeugt lediglich den bereits erfolgten Erwerb, hat mithin nicht den Sinn, daß diese Urkunde die polnische Staatsangehörigkeit erst verleihe. Sämtliche auf polnischem Gebiet geborenen Personen sind also vollgültige polnische Bürger, es sei denn, daß die Geburt auf polnischem Territorium nur durch Zufall erfolgt ist. Den Ausführungen der cour ist ferner zu entnehmen, daß Art. 4 als ein qualifiziertes Grundgesetz allen anderen Bestimmungen vorgeht; mithin ist es beispielsweise **gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit etwa Eltern oder Ehegatten dieser Geburtspolen sind**; auch das in Polen geborene Kind der nach 1908 zugezogenen Eltern besitzt das polnische Bürgerrecht, auch die in Polen geborene Frau, welche einen Nicht-Polen geheiratet hat, ist polnische Bürgerin; sie hat mithin durch die Heirat die polnische Staatsangehörigkeit nicht verloren, sondern diejenige des Mannes hinzu erworben. Daß Art. 4 die doppelte Staatsangehörigkeit bewußtermaßen geschaffen hat, hat die cour gleichfalls ausdrücklich anerkannt. Damit dürfte der Streit über die Auslegung von Art. 4, soweit er juristischer Natur ist, erledigt sein; der Inhalt von Art. 4 steht nunmehr zweifelsfrei fest.

Das polnische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 20. Januar 1920 anerkennt in Art. 2 ausdrücklich alle die Personen als polnische Bürger, denen nach den internationalen Verträgen das polnische Bürgerrecht zusteht. Damit sind die maßgebenden internationalen Verträge, also auch der Minoritätenvertrag, ausdrücklich in das Gesetz mit hineingenommen. Der oben festgestellte Inhalt des Art. 4 ist also Inhalt des polnischen Gesetzes geworden. Dies ist um so mehr zu betonen, als bei Beratung des Gesetzes der Versuch gemacht wurden ist, die Vorschriften unbequemer Verträge auszuschalten mit der naiven Formulierung eines Paragraphen, nach welchem der damals höchst bedenkliche Text des beabsichtigten Gesetzes den internationalen Verträgen nicht widerspräche. Man wollte also damals eine den Minderheiten ungünstige Auslegung, vor allem auch des Minoritätenvertrages, im Gesetz selbst vornehmen. Daß ist, wie oben gesagt, unterblieben, und zwar auf Einspruch des damaligen Innenministers, jetzigen Staatspräsidenten Wojciechowski. Daher wird selbst ein Kierski heute nicht behaupten können, daß der Minoritätenvertrag dem Staatsangehörigkeitsgesetz widerspräche. Man kann dies auch nicht unter Berufung auf Art. 1 des Gesetzes tun, der die doppelte Staatsangehörigkeit ablehnt, denn gegenüber der Regel des Art. 1 ist in der Sondervorschrift des Art. 2 durch Verweisung auf die internationalen Verträge eine Ausnahmebestimmung getroffen, welche der allgemeinen vorgeht. „Lex specialis derogat generali". Einzig und allein die ministeriellen Ausführungsvorschriften widersprechen dem nunmehr feststehenden Inhalt des Gesetzes, soweit die hier interessierenden Geburtspolen in Frage kommen. Da anerkanntermaßen Ausführungsbestimmungen den Gesetzen nicht widersprechen können, sind diese in soweit ohne weiteres gegenstandslos, Art. 1 des Minoritätenvertrages heranzuziehen ist also gar nicht nötig.

Mithin müssen diejenigen Personen, welche kraft Geburt die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, unter Berufung auf den nunmehr feststehenden Inhalt von Art. 4 des Minoritätenvertrages in Verbindung mit Art. 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Januar 1920 bei den zuständigen Behörden die schriftliche Anerkennung ihres Bürgerrechts fordern. Der Antrag ist an den zuständigen Starosten zu richten, wenn ein Wohnsitz in Polen besteht; bei Wohnsitz im Ausland an das zuständige Konsulat. Es ist zweckmäßig in dem Antrag hervorzuheben, daß Anerkennung des bereits erworbenen Bürgerrechts gefordert wird, und **nicht etwa Verleihung durch Einbürgerung.** Notwendig ist die Beifügung von Urkunden, welche die Tatsache der Geburt in polnischem Gebiet ergeben, sowie, daß die Eltern zur Zeit der Geburt in Polen wohnhaft waren; letzteres geschieht zweckmäßig durch Einreichung von polizeilichen Anmeldungen, die seinerzeit von den Eltern vorgenommen worden sind, durch amtliche Auszüge aus den Seelenlisten oder durch eidesstattliche Versicherungen glaubwürdiger Personen. Falls Originalurkunden eingereicht werden, ist es ratsam, öffentlich beglaubigte Abschriften zurückzubehalten. Die Anträge müssen mit dem erforderlichen Stempel versehen sein.

Sind Geburtspolen in obigem Sinne bereits der Liquidation unterworfen, so empfiehlt es sich, dem Liquidationsamt einen entsprechenden Antrag einzureichen mit der Forderung, daß die Liquidation aufgehoben wird. Neuerdings hat der Innenminister anerkannt, daß dem Liquidationsamt eine selbständige Entscheidung in Staatsangehörigkeitsfragen nicht zustehe. Daher muß es derartigen Anträgen stattgeben. Daß Geburtspolen selbst dann nicht liquidiert werden dürfen, wenn sie neben der polnischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ergibt sich aus Art. 99 der polnischen Verfassung, welcher die Unverletzlichkeit des Eigentums ausdrückt. Dieses Schutzes geht kein polnischer Bürger verlustig, und zwar auch dann nicht, wenn er die deutsche Staatsangehörigkeit neben der polnischen besitzt.

Lehnen die polnischen Behörden derartige Anträge ab, so entscheidet in letzter Instanz der Völkerbundsrat, der von der polnischen Regierung bis Anfang Dezember einen Bericht in Sachen der Geburtspolen verlangt hat. Es liegt also im allgemeinen Interesse, die Erledigung dieser Anträge so zu beschleunigen, daß bis dahin ein Resultat vorliegt. Man wird annehmen dürfen, daß die polnische Regierung nach ihrem bisherigen Mißerfolge die Minoritäten nicht nochmals zwingen wird, ihr Recht außer Landes zu suchen.

II. Das zweite Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes äußert sich bekanntlich dahin, daß das Vorgehen Polens gegen die Ansiedler, insbesondere das Gesetz vom 14. Juli 1920, den internationalen Verpflichtungen Polens nicht entspreche. Das bedeutet in erster Linie die Ausschaltung des Gesetzes vom 14. Juli 1920, denn Artikel 1 des Minoritätenvertrages bestimmt ausdrücklich, daß kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung den Vorschriften des Minoritätenvertrages widersprechen dürfe. Diese letzten gelten als Fundamentalgesetz, daß jedem anderen Gesetz vorgeht, in demselben Sinne, wie im deutschen Staatsrecht Reichsrecht vor Landesrecht geht. Dieser Vorrang des Minoritätenvertrages beruht, da der Minoritätenvertrag als polnisches Gesetz verkündet ist, auch auf dem innerpolnischen Recht; es handelt sich hier also um geltendes polnisches Recht, nicht etwa „nur" um rein völkerrechtliche Verpflichtungen des Staates, aus denen der Einzelne keine Rechte herleiten kann. Daher werden auch Gerichte und Behörden ihre Stellung zum Gesetz vom 14. Juli 1920 erneut prüfen und sich um Art. 1 des Minderheitenvertrages kümmern müssen.

Soweit Personen auf Grund dieses Gesetzes von ihren Ländereien vertrieben oder sonst wie geschädigt sind, haben sie einen Anspruch auf Schadenersatz, der in erster Linie dahin geht, **daß der Zustand hergestellt wird, der ohne die schädigenden Schritte der Behörden bestehen würde.** Nur falls diese Wiederherstellung unmöglich ist, besteht ein Anspruch auf Geldersatz. Diese Ansprüche können vom Betroffenen gerichtlich geltend gemacht werden, und zwar vor den ordentlichen Gerichten, da es sich ausschließlich um Verletzung von Privatrechten (§ 823 des Bürgerl. Gesetzb.) handelt.

Das Gesetz vom 14. Juli 1920 hat unter anderem auch den Verträgen die Anerkennung versagt, durch welche die preußische Regierung die Rentenansprüche, die auf den Ansiedlungen eingetragen sind, abgetreten hat. Nach dem Gutachten des Haager Schiedsgerichts war Preußen zu dieser Abtretung durchaus befugt, die Danziger Bauernbank ist also in vollem Umfange Gläubigerin dieser Rentenforderungen geworden.

Solcher Art sind die schwerwiegenden Folgen einer unsachlichen Gefühlspolitik, deren finanzielle Auswirkungen eine ungeheuere Belastung des Staatsschatzes bedeuten. Daraus erklärt sich das Gebaren der „nationalen" Presse und die Verlegenheit der Regierung. Die Rechtslage der vom Juligesetz Betroffenen ist also ohne Zweifel günstig, und es wird lediglich von der Ausdauer und der Energie des Einzeln abhängen, ob er sein Recht durchsetzt. Vor allem muß dringend davor gewarnt werden, irgend welche unüberlegte Vereinbarungen zu treffen, und das um so mehr, als Entschädigungen durch Deutschland nicht zu erwarten sind.

III. In der Kritik des Juligesetzes spricht die cour den ungemein wichtigen Grundsatz aus, **daß ein Gesetz nicht nur dann gegen den Minderheitenschutz verstoße, wenn es die Minderheiten ausdrücklich schlechter stelle als die Majorität, vielmehr liege ein solcher Verstoß schon dann vor, wenn das Gesetz zwar keine unterschiedliche Behandlung vorschreibe, aber in Wirklichkeit nur die Minderheiten treffe**; positiv ausgedrückt heißt das: **ein Gesetz entspricht nur dann dem Minoritätenvertrag, wenn es die tatsächliche Gleichbehandlung gewährleistet.** Dies ist nunmehr der Maßstab, nach welchem die polnischen Gesetze hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Minoritätenvertrag zu prüfen sind. In erster Linie muß hier das Agrargesetz vom 15. Juli 1920 genannt werden, das in Art. 1, Ziff. 6, die Besitzer derjenigen Güter mit der Enteignung bedroht, welche an die preußische Ansiedlungskommission Land verkauft haben. Es bedarf keiner Ausführung, daß sich diese Bestimmung im wesentlichen gegen die deutsche Minderheit richtet; daher kann sie neben Art. 1 des Minderheitenvertrages keine Geltung beanspruchen.

IV. Der Deutlichkeit halber noch ein Wort über die Zulässigkeit von Klagen beim Völkerbund. In den Auslassungen von polnischer Seite über diesen Punkt wird immer wieder erklärt, nur ein Mitglied des Völkerbundsrats könnte Klagen in Minderheitssachen erheben. Das ist durchaus ungenau. **Vielmehr steht es nach wie vor jedem Minderheitangehörigen frei, sich an den Völkerbund wegen drohender oder eingetretener Verletzungen seiner Minderheitenrechte zu wenden.** Damit kommt die Sache zunächst zur Kenntnis der Völkerbundsorgane. Inwieweit dann der Völkerbundsrat sich mit der Sache befassen kann, das hängt allerdings vom Verhalten der Ratsmitglieder ab. Unter allen Umständen ist aber

Senator Hasbach und die Gerüchte über seine Verhaftung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Eine Warschauer Zeitung brachte die Nachricht, Senator Hasbach sei verhaftet worden. Andere, wie die Lodzer „Republika", meldeten, eine Haussuchung sei bei ihm vorgenommen worden, und der Senatsmarschall Trąmpczyński habe erklärt, nur Abgeordnete, nicht aber Senatoren, genössen das Recht der Unantastbarkeit. In Wahrheit liegt folgendes vor: Gerade jetzt werden wieder eine große Reihe von Haussuchungen vorgenommen, da man offenbar hofft, nun endlich das belastende Material gegen den Deutschtumsbund zu finden, das man bisher nicht entdecken konnte, aus dem einfachen Grunde, weil es nicht vorhanden ist. So wurden ganz besonders die deutschen Führer und Redaktionen in Lodz heimgesucht. In Abwesenheit des Senators Hasbach sind bei ihm auf Anordnung der Staatsanwaltschaft auf seinem Gute Hermannsdorf in Anwesenheit des Staatsanwalts, des Kommissars, eines Kriminalkommissars und eines Gendarmen die Schränke erbrochen worden. Senator Hasbach hat sich beschwerdeführend sofort an den Minister Kiernik gewandt, der auch erklärte, daß das Verfahren eine schwere Verletzung der Immunität darstelle.

Eine Interpellation über die Haussuchung beim Senator Hasbach.

Die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat wandte sich an den Justizminister mit folgender Interpellation:

„Am Freitag, dem 19. Oktober 1923, erhielt Senator Hasbach, der sich an diesem Morgen im Kraftwagen nach Danzig begeben hatte, nach dort die telephonische Nachricht, daß eine Kommission, bestehend aus einem Staatsanwalt, einem Kriminalkommissar und einem Gendarmen, seit etwa einer Stunde in Hermanowo, dem Wohnsitz des Senators, damit beschäftigt sei, das Arbeitszimmer zu durchsuchen. Einwendungen seitens des Hauspersonals und des Beamten in dem Sinne, daß nach dem Gesetz die Wohnung eines Abgeordneten unantastbar sei, wurden nicht beachtet. Senator Hasbach ließ den Staatsanwalt bitten, an das Telephon zu kommen, was dieser ablehnte, worauf Senator Hasbach dem Staatsanwalt durch seinen Beamten sagen ließ, er warne ihn, weitere Haussuchungen in seiner Abwesenheit vorzunehmen, in 1½ Stunden werde er (Hasbach) zu Hause eintreffen. (Die Haussuchung wurde daraufhin unterbrochen.)

Bei Ankunft in Hermanowo stellte Senator Hasbach fest, daß sein Schreibtisch durchwühlt und mehrere Fächer, die geschlossen waren, durch einen aus Stargard herbeigeholten Schlosser mittels Dietrich aufgebrochen waren. Senator Hasbach machte den Staatsanwalt auf das Gesetzwidrige seiner Handlung aufmerksam, legte ihm das Gesetz über die Unantastbarkeit der Abgeordneten und Senatoren vor und verlangte den Abbruch der Revision. Der Staatsanwalt erklärte, auf Befehl der Staatsanwaltschaft in Stargard zu handeln und wies auf Verlangen folgenden Befehl vor:

„Der Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Stargard, zu II. J. Nr. 1281/23. — In der Strafsache der Mitglieder des Deutschtumsbundes §§ 128, 132, 36 des Strafgesetzbuches wird im Sinne der §§ 105, 122, 103 vom Jahre 1897 der Strafprozeßordnung mit Rücksicht auf die drohende Gefahr der Verzögerung die Haussuchung beim Senator Hasbach (Hermanowo, Kr. Stargard) angeordnet, weil anzunehmen ist, daß diese Durchsuchung zur Auffindung weiterer Beweismittel beitragen, d. h. Beschlagnahmung aller der Sachen herbeiführen wird, welche als Beweismaterial in der erhobenen Anklage dienen können. Stargard, den 19. Oktober 1923. — Unterschrift: Marszollok."

Der Befehl war vom ersten Staatsanwalt unterzeichnet. Zu diesem begab sich Senator Hasbach umgehend, um auch ihn auf das Ungesetzliche dieses Befehls aufmerksam zu machen. In längerer Unterredung machte der Staatsanwalt den Vorschlag, es sollten die Akten und Papiere versiegelt und der Staatsanwaltschaft zur Aufbewahrung gegeben werden. Dieser Vorschlag wurde von Senator Hasbach rundweg abgelehnt mit dem Bemerken, er sei nicht gekommen zu verhandeln, sondern sein Recht zu suchen, er müsse erwarten, daß die Staatsanwaltschaft, die dazu da sei, das Recht im Lande zu schützen, sich nicht dazu herbeiließe, das Recht wissentlich zu beugen. Die Unterredung endete mit der Erklärung des Staatsanwalts, **er nehme die Verantwortung für das Geschehene auf sich.** Senator Hasbach fuhr mit diesem Bescheid nach Hermanowo, und die Haussuchung nahm ihren Fortgang. Gegen den ausdrücklichen Protest von Senator Hasbach wurden eine Reihe Papiere seinen Akten zur Mitnahme entnommen, auf Verlangen erfolgte die Siegelung der Papiere mit dem Siegel der Staatsanwaltschaft und des Senators Hasbach, der in dem Protokoll das Verlangen stellte, daß die Öffnung der versiegelten Papiere nur mit Genehmigung des Justizministers erfolgen solle. An den Ministerpräsidenten und den Justizminister hat Senator Hasbach gleichlautende Depeschen abgesandt, worin er sich über die Verletzung der Immunität der Abgeordneten beschwerte.

Wir richten an den Herrn Justizminister die Frage:

1. Welche Amtsstelle hat den Befehl zur Durchsuchung der Privatwohnung eines Abgeordneten erteilt und wer trägt die Verantwortung?

2. Ist der Herr Minister bereit, die Schuldigen zur disziplinarischen und strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen?

3. Was ist in dieser Angelegenheit bisher geschehen?

Wir bitten mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Fragen für das gesamte Parlament um möglichst sofortige mündliche Beantwortung.

Warschau, den 23. Oktober 1923. **Die Interpellanten.**

die Initiative des Einzelnen das richtunggebende Moment; sie ist es, welche die internationalen Organe überhaupt erst informiert und in die Lage versetzt, den Vorfall zu prüfen. Denn schließlich gilt auch hier wie überall: wo kein Kläger, da kein Richter.

*

Zusatz der Schriftleitung des „Pos. Tagebl.":

Die oben veröffentlichten dankenswerten Ausführungen des bekannten Rechtssachverständigen zeigen den an diesen Dingen unmittelbar Interessierten den Weg, den sie zu gehen haben, nachdem der Oberste Schiedsgerichtshof gesprochen hat. Da selbstverständlich der Einzelne nicht immer die Tragweite und die grundsätzliche Bedeutung des einzelnen Falles und seinen Zusammenhang mit anderen Fällen beurteilen kann, wird es sich in der Praxis zweifellos nach wie vor empfehlen, erst nach Einholung sachkundigen Rates von den in dem Aufsatz angegebenen Mitteln Gebrauch zu machen. Einen solchen Rat bekommt man gegenwärtig wohl am sichersten in einem der Bureaus der deutschen Sejmabgeordneten.

*

Die Zusammensetzung des Haager Schiedsgerichtshofes.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag setzt sich aus 15 Mitgliedern, 11 aktiven und 4 Vertretern zusammen, die gewählt wurden von der Versammlung des Völkerbundes und dem Völkerbundsrat, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, **„aus der Zahl von Personen, die sich des höchsten moralischen Ansehens erfreuen"** und die zur Ausübung der höchsten richterlichen Tätigkeit in ihrer Heimat fähig sind, oder unstreitig hervorragende Kenntnisse des internationalen Rechtes besitzen.

Aktive Richter des „Cour permanente" sind:

A. Weiß (Frankreich), Mitglied des Instituts, Professor der Rechte in Paris, Rechtsbeirat im französischen Außenministerium.

Vicomte **Robert Finlay** (England), früherer Lordkanzler, Rektor der Universität in Edinburgh.

John Basset Moore (Vereinigte Staaten), früherer Unterstaatssekretär, Professor an der Universität in Columbia.

R. Altamira (Spanien), Senator, Universitätsprofessor in Madrid.

D. Anzilotti (Italien), Rechtsbeirat im italienischen Außenministerium, Professor an der Universität in Rom.

Rey Barbosa (Brasilien), früherer Minister, brasilianischer Senator.

A. S. de Bustamente (Kuba), Universitätsprofessor in Havanna, Senator auf Kuba.

Max Huber (Schweiz), Rechtsbeirat der politischen Abteilung in der Schweiz.

B. C. J. Loder (Niederlande), Mitglied des höchsten Gerichts in Holland, Präsident des Ständigen Internationalen Gerichtshofes.

Didzik Nyholm (Dänemark), Ehrenstaatsrat in Dänemark, Vizepräsident des Gemischten Internationalen Gerichtshofes in Kairo.

Jorozu Oda (Japan), Rektor der Universität in Tokio.

Als Vertreter waren berufen:

Frederik Beichmann (Norwegen), Präsident des Appellationsgerichts in Drontheim (Norwegen).

D. Neguleseo (Rumänien), Universitätsprofessor in Bukarest.

Wang Chung Hui (China), chinesischer Delegierter beim Völkerbund.

Jowanowicz (Südslawien), Präsident des Kassationshofes in Belgrad.

*

Liquidierung deutschen Besitzes.

Auf die Liste der Liquidationsobjekte wurden folgende Besitzungen gesetzt: 1. Ludwiniec, Kreis Mogilno, 495 Hektar, Besitzer Friedrich v. Rheinbaben. 2. Wituchowo, Kreis Birnbaum, 763 Hektar, Bes. Johanna Scholz. 3. Sienno, Kreis Bromberg, 958 Hektar, Bes. Wilhelm v. Born-Fallois. 4. Malczewo und Karsewo, Kreis Witkowo, 606 Hektar bzw. 151 Hektar, Bes. Waldemar Graf von Schwerin. 5. Żułków und Otomin, Kreis Karthaus, 140 Hektar, Bes. Rudolf Pfister. 6. Skarszewo, Kreis Graudenz, 106 Hektar, Bes. Roman Staeck. 7. Ciecholewa, Kreis Stargard, 2700 Hektar, Bes. Baron v. Paleske. — Außerdem wurden 170 Ansiedlungsgüter verschiedener Größe in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen auf die Liste der Liquidationsobjekte gesetzt.

Eine bemerkenswerte Sejmsitzung.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Die Dienstagssitzung des Sejm verlief äußerst interessant, und gleich zu Beginn der Sitzung wäre um ein Haar die Regierung in eine Minderheit versetzt worden. Zu Beginn wurde eine Interpellation der deutschen Gruppe wegen der Haussuchung bei Senator Hasbach eingebracht. Dann wurde das Gesetz über die zwangsweise Einführung von Pässen für Polen zur Beratung gestellt. Zunächst war das Gesetz wohl hauptsächlich gegen die Weißrussen, Ukrainer und vor allem gegen die Juden des Ostens Polens gerichtet. Man weiß, daß Scharen von Juden in den östlichen Grenzgebieten immer noch nicht als Polen angesehen werden. Es handelt sich dabei um jene Bürger jüdischer Rasse, die während der Okkupation einen Ausweis mit der Bezeichnung „ehemals russischer Staatsbürger" erhalten haben. Es ist zu erwarten, daß gerade diesen Gruppen von Juden der polnische Paß verweigert werden wird. In die gleiche Notlage werden Ruthenen und Weißrussen in großer Zahl geraten, namentlich wenn es sich darum drehen wird, die Wahllisten aufzustellen. In großer Gefahr werden auch die Deutschen des ehemaligen Teilgebietes sein, denn da das Gesetz äußerst strenge Maßnahmen vorsieht, so wird es manchem Deutsch-Polen ungewöhnlich schwer, wenn nicht unmöglich sein, den polnischen Paß zu erhalten. Die ganze Linke war übrigens einheitlich Gegner des Gesetzes. Der Abgeordnete Putek von der „Wyzwolenie" leistete sich den Scherz, bei seiner scharfen Rede gegen das Gesetz alle die Gründe anzuführen, mit denen einst Herr Kiernik selbst das Gesetz, das er jetzt vorlegt, bekämpfte, als er noch nicht Minister war, — ein Gesetz, das 20 Millionen Menschen in Polen zwingen wird, sich photographieren zu lassen und alle die Schwierigkeiten über sich ergehen zu lassen, die mit der Erlangung eines Passes verbunden sind. Herr Kiernik war genötigt, Herrn Putek zuzurufen: „Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Gedächtnis!" Dann sprach der Sozialist Reger aus Schlesisch-Teschen. Er sagte, schon jetzt habe man in Bielitz-Biala gegen jedes Recht Haussuchungen und Verhaftungen bei zahlreichen gänzlich unschuldigen Personen vorgenommen. Verhaftet wurden unter anderem ein Richter, der Vorsitzende der deutschen Katholiken usw. Auch bei vielen Landwirten wurde in ähnlicher Art vorgegangen, obgleich diese Leute sich überhaupt nie um Politik gekümmert haben und nun erst durch die Verhaftungen und Haussuchungen aufgehetzt wurden. Wo bleibe die Sparsamkeit, wenn man ungezählte Milliarden wieder für die Buchführung anläßlich der Pässe und ihrer Eintragung ausgeben müsse, abgesehen von dem nötigen Personal. — Die Abstimmung ergab, daß die Regierung nur eine Mehrheit von zwei Stimmen erhielt. Sie wäre also unfehlbar bei dieser Gelegenheit in die Minderheit versetzt worden, wenn alle Abgeordnete der Linken sich eingefunden hätten.

Man kam dann zur Beratung der geforderten Kredite. Das Defizit des dritten Quartals beträgt, infolge der eingetretenen Teuerung, 7584 Milliarden, d. s. 130 Prozent der veranschlagten und bewilligten Summe. Die Hauptursache dieser Überschreitungen lag in der Notwendigkeit der Erhöhung der Pensionen. Der für das vierte Quartal verlangte Kredit beträgt 12 000 Milliarden — und da die Möglichkeit einer 100proz. Überschreitung besteht, — 25 000 Milliarden. Die Einnahmen betragen: öffentliche Steuern 5375 Milliarden, Eisenbahnen 2100, andere 1500 Milliarden, zusammen 9275 Milliarden. Das Defizit beträgt also **ungefähr 16 000 Milliarden.** Besonders wird der Staatsschatz belastet durch die den Beamten gegebenen 40prozentigen Vorschüsse. Ein besonderes Defizit weisen die Einnahmen auf. Schuld hieran ist die schlechte Wirtschaft, die zu große Zahl des Personals, der Mangel an einheitlicher Organisation sowie die Tarifpolitik. So lauteten die Bemerkungen des Berichterstatters Tabaczyński von den Nationaldemokraten. Von der Opposition sprach nun Diamand. Er tat dies lange und ausgiebig. Er berührte wieder den Aufruf, den die Regierung sofort nach der furchtbaren Pulverkatastrophe erlassen habe. Es bestehe wohl Ruhe im Volke, aber diese Ruhe sei nur eine scheinbare, und wenn das Volk auf diesen Aufruf hin nicht reagiert habe, so zeige das, daß das Volk klüger sei als die Regierung selbst. Noch einmal geißelte Diamand alle die Dinge, die schon von so vielen Rednern kritisiert worden sind. Dann sprach der Redner der Rechten, Zdziechowski, und endlich gegen 9 Uhr abends konnte die Abstimmung erfolgen. Die Reihen der Abgeordneten zeigen schon viele Lücken. Das Abstimmungsergebnis war 197 Stimmen für und 177 Stimmen gegen die Regierung. Es haben nicht weniger als 60 Abgeordnete an diesem wichtigen Tage gefehlt! — Der deutsche Abgeordnete Pankratz fehlte bei der Abstimmung über die Pässe, weil er wegen eines neuen Vorgehens der Behörden gegen die Esperantisten bei der zuständigen Stelle Einspruch erhob. Haussuchungen erfolgten diesmal vor allem bei Juden in Czestochau, Lodz und Petrikau. Man suchte kommunistische Broschüren und beschlagnahmte deshalb in einem Falle — die Werke von Tolstoj! — Fünf Sozialisten konnten nicht zur Sitzung kommen, da die Lokalstreiks in Krakau und anderwärts ihr rechtzeitiges Eintreffen verhinderten. Übrigens haben diesmal die 7 Anhänger von Bryl mit der Regierungsmehrheit gestimmt.

Die Ackerbaureform wieder vertagt.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Die Dienstagssitzung des landwirtschaftlichen Sejmausschusses hatte eine schwerwiegende Bedeutung. Denn in ihr haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß man kaum mehr auf eine in absehbarer Zeit erfolgende Vorlage des Gesetzes über Ackerbaureform im Sejm rechnen kann. Man beriet über den Artikel, der die Parzellierung der Kirchen- und Klostergüter vorsieht. Von seiten der Rechten wurde der Antrag gestellt, die Beratung dieses Artikels so lange zurückzustellen, bis das Agrarreformgesetz ganz durchberaten sei. Hiermit war die Linke nicht einverstanden. Und als die Rechte in der Abstimmung die Mehrheit erhielt, verließ die Linke einheitlich unter Protest das Verhandlungszimmer. Das hat die natürliche Folge, daß die Weiterberatung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Ein Teil der Regierungsmehrheit (die Dubanowicz-Gruppe z. B. schloß sich aus) stellte nun einen Antrag, der die Regierung auffordert, nun selbst Stellung zu der geplanten Parzellierung der Kirchengüter zu nehmen. Damit brachten auch die Rechtsgruppen zum Ausdruck, daß sie keineswegs prinzipiell die Parzellierung der Kirchengüter ablehnen. Der Vertreter der Regierung und Direktor des Hauptlandamtes Czałbowski gab die Erklärung ab, die Regierung stehe auf dem Standpunkt der Parzellierung dieser Güter, aber man wünscht eine Äußerung des Ministers selbst.

Der Heeresausschuß des Sejm über die Explosionskatastrophe.

Mit der Explosion in der Warschauer Zitadelle beschäftigte sich am Mittwoch der Heeresausschuß des Sejm. Ein Vertreter des Kriegsministeriums, General Puławski, erklärte es für **völlig ausgeschlossen, daß die Katastrophe zufällig oder infolge einer Unvorsichtigkeit entstanden sei.** Es hätte sich um vollkommen frisches und sich nicht leicht zersetzendes Pulver gehandelt. Eine Entzündung durch eine Zigarette sei unwahrscheinlich. — Oberst Petrażycki erklärte: die Regierung hätte, als sie in ihrem Aufruf von einer „verbrecherischen Hand" sprach, nicht an die jüdische Bevölkerung gedacht.

Ein Prozeß gegen Bombenattentäter.

Im Warschauer Bezirksgericht findet demnächst die Verhandlung statt gegen den Oberleutnant Bagiński und den Leutnant Wieczorkiewicz, denen eine ganze Reihe von Bombenanschlägen in verschiedenen Teilen des Reiches zur Last gelegt wird, darunter die Anschläge auf die Räume der „Bratnia Pomoc" in der Warschauer Universität, auf die Redaktionslokale der „Rzeczpospolita" und der „Gazeta Poranna" und auf den Rektor der Krakauer Universität.

Gerüchte von Rücktrittsabsichten des Staatspräsidenten.

Wie dem Krakauer sozialistischen „Naprzód" aus Warschau aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, trägt sich der Staatspräsident Wojciechowski seit einiger Zeit mit Rücktrittsgedanken. Man glaubt, daß der Rücktritt in allernächster Zeit erfolgen wird. Wie parlamentarische Kreise erfahren, soll der fortgesetzte Niedergang der Wirtschaft und die Unmöglichkeit baldiger Finanzsanierung den Präsidenten zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Eine zweite Meldung aus Warschau gibt andere Gründe für die Möglichkeit eines Rücktritts des Staatspräsidenten an. Danach sollen die Rücktrittsgedanken des Präsidenten Wojciechowski mit seiner letzten Reise im Zusammenhang stehen. Herr Wojciechowski hat hier gelegentlich seiner Ansprachen wiederholt die großen Verdienste des Marschalls Josef Piłsudski um das Land hervorgehoben. Damit soll der Staatspräsident bei gewissen zurzeit einflußreichen Kreisen Mißfallen erregt haben.

Die Ausstände.

Streiks und Streikdrohungen.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Ein recht gefährlicher „wilder" Streik der Maschinisten ist im Gange. Vorläufig hat dieser Streik, der gegen den Willen der Zentralorganisation ausgebrochen ist, nur eine lokale Bedeutung. Er beschränkt sich auf Krakau, Lemberg und einige andere Orte. Auch gelang es ohne weiteres, den Verkehr mit der „technischen Nothilfe", d. h. Ingenieuren und Werkmeistern, aufrechtzuerhalten, so daß man die Folgen des Streikes bisher noch kaum gespürt hat. Aber der Winter steht vor der Tür, und das, was sich hier abspielt, ist geeignet, die Lebensmittelversorgung des Landes, wenn nicht zu gefährden, so doch schwer zu stören. Das Zentralkomitee hat sich nun sofort an den Sejm gewandt und sucht einen Gesetzesvorschlag zur Annahme zu bringen, der die Festsetzung der Löhne von dem jeweiligen Teuerungsmultiplikator abhängig macht. Eile bei der Regierung und bei den Mitgliedern des Sejms tut hier dringend not. In-

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(28. Fortsetzung.)

„Johanna, glaubst Du, daß ich es gut mit Dir meine?"

„Silvio, ich bitte Dich, sprich nicht weiter —"

Er lächelte wehmütig.

„Sei unbesorgt, ich will nur von Geschäften sprechen."

„Was willst Du?"

„Swendholm hat mir bestätigt, was ich ahnte, was ganz Bremen munkelt. Du bist Wislizenus nicht gewachsen, und er hält sich schon für den Sieger. In letzter Stunde, wenn er weiß, daß Dir kein Weg bleibt als der Konkurs, will er Dich zwingen, ihm die Firma auszuliefern oder zusammenzubrechen. Nur schnelle Hilfe aus Argentinien kann Dich retten."

„Wie soll ich Swendholm reisen lassen und ganz allein sein und —"

„Du hast recht, was Swendholm sagt, ist unmöglich. Auch ich würde mich nie hier eindrängen auf die Gefahr hin, Onkel Silvester könnte die Türe öffnen und Dir und mir mißtrauen. Aber einen Botengang kann ich tun für Dich. Gib mir Vollmacht und auch eine Abschrift der Vollmacht, die Dein Vater Dir hinterlassen. Ich fahre mit Schlüter morgen auf der ‚Punta Arenas' nach Buenos Aires, und Du kannst sicher sein, daß ich Dir rechtzeitig das Geld sende."

„Du — Du willst fahren?"

„Oder glaubst Du, daß ich ein ungetreuer Bote bin?"

„Du? Du? Kein treuerer als Du!"

„Ich kenne Don Hieronimo, und ich habe eine glänzende Empfehlung an die Bank von Argentinien von meiner Bank."

„Aber Deine Bank?"

„Sie gibt mir Urlaub. Tu es, Johanna, ich hoffe, ich bringe Dir noch mehr mit. Deines Vaters Ehre und die Gewißheit über den Tod meines Vaters."

Johanna stammelte.

„Du — Du?"

Swendholm und Dr. Schlüter traten ein, und der Kommissar nickte.

„Herr Swendholm hat mir den leider notwendigen Scheck gegeben. Ich hoffe, Sie werden es nicht bereuen!"

Silvio sagte fest: „Wir reisen zusammen!"

„Sie kommen mit? Nun, wenn Sie es sich leisten können, mich freut's!"

„Ich habe Geschäftliches für meine Kusine zu ordnen. Also denk daran, Johanna, daß ich noch heute die Vollmachten bekomme. Ich muß auf die Bank wegen des Urlaubes."

„Sehe ich Dich noch?"

„Aus Buenos Aires bekommst Du Telegramme, und sei voller Vertrauen!"

„Das bin ich, Silvio!"

Er drückte ihr die Hand und ging, von Schlüter gefolgt, rasch hinaus. Er wollte sich selbst beherrschen und Johanna nicht quälen. Diese sah Swendholm an.

„Er hat es mir selbst angeboten, Fräulein Johanna; hätte er es nicht getan, ich wäre zu ihm gegangen. Das ist unsere letzte Hoffnung."

Sie lächelte unter Tränen.

„Swendholm — ich weiß nicht, warum ich in dieser Minute so gefaßt bin!"

„Bleiben Sie es auch! Wir wollen dem Fatum vertrauen und —"

„Und?"

„Sie wissen selbst, was ich meine!"

Johanna wurde rot. Sie hätte laut aufjauchzen können in dieser Minute, in der sie ihre Rettung in die Hand seiner Liebe legte; aber die Tränen wollten sie übermannen. Herr Swendholm führte sie zur Treppe.

„Gute Nacht, Fräulein Johanna, wir wollen ihm in allem vertrauen, dem Fatum.

Ich gehe jetzt, um die Vollmachten zu besorgen."

Während er in das Kontor ging, eilte Johanna hinauf. Sie schämte sich und schalt sich und konnte es doch nicht ändern, daß ihr Herz voller Glück war.

VI.

„Ja, ja, lieber Doktor, so geht's im Leben! Da hat man sich sein ganzes Leben auf eine Reise ins Ausland gefreut und kaum geglaubt, sie bei diesen Zeiten erleben zu können. Nun steh ich hier an Bord, und all das Herrliche ist um mich her, und ich habe nicht den Sinn, es zu genießen!"

Silvio Bruhns stand neben Doktor Schlüter an Bord der „Punta Arenas", die eben den Hafen von Funchal verließ und wieder hinausdampfte in das Meer. Es war eine herrliche Fahrt gewesen, bis hierher. Selbst der Golf von Biscaya hatte sich von der besten Seite gezeigt; die Küste von Portugal mit ihren felsigen Steinufern, an denen die Wogen hoch aufspritzten, das alte Schloß Cintra grüßten herüber. Ein Tag in Lissabon, dann jetzt zwei Tage in Funchal. Freilich er hatte sich von dem Kommissar führen lassen, war pflichtschuldigst mit der Zahnradbahn nach Nossa Senora de Monte hinaufgefahren und hatte seine Augen über das Paradies von Madeira schweifen lassen, war dann über die glatten Steine der Straße im Schlitten wieder hinabgesaust, aber er kam zu keinem Genusse von dem allen. Fast war es ihm, als hätte er bei jedem Verweilen auf dieser Reise kein gutes Gewissen!

Dr. Schlüter war immer vergnügt und heiter. Es hätte dem ältlichen Herrn mit grauem Kopf, mit dem melierten Spitzbart und den lebhaften, oft vergnügt zwinkernden Augen gewiß niemand angesehen, daß er ein Kriminalbeamter auf der Jagd nach einem Verbrecher war. Aber bisweilen war auch Schlüter für Silvio ein Gegenstand des Zweifels.

Johanna war in Geldschwierigkeiten, und die Reise kostete eine halbe Million zum mindesten! Mehr! Eine Viertelmillion fast hatten die beiden Fahrkarten verschlungen. Und wenn die Reise fruchtlos war? Je näher er seinem Ziele kam, desto geringer war seine Zuversicht, daß es ihm gelingen sollte, in wenigen Tagen die große Summe zu erhalten und zu überweisen!

(Fortsetzung folgt.)

zwischen kommt die Meldung, daß auch in Lodz wieder ein Streik bei den Arbeitern der Textilindustrie drohe, die eine Lohnerhöhung von 120 Prozent fordern. Und schließlich erreichen uns aus Oberschlesien beunruhigende Nachrichten. Die Verhandlungen mit den Arbeitern gehen dort nur sehr langsam voran, und so kommt es, daß die zugestandenen Lohnerhöhungen bereits durch die Geldentwertung und die Teuerung überholt worden sind. Man fühlt, daß ein neuer Streik — man spricht sogar von einem Generalstreik — sich entwickelt, der gefährlicher und ausgedehnter sein dürfte als der kaum mühsam überwundene. Inzwischen werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, um alle Elemente, die des Kommunismus verdächtig sind, kaltzustellen. Ob dies wirklich gelingt, bleibe dahingestellt. Entstellend ist es aber, wenn die Presse sich erlaubt, stets von den „deutschen" Kommunisten in Oberschlesien zu reden. Wir lehnen diese Ehre ab.

Die Streiklage in Oberschlesien.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Da die Konferenz der Vertreter der Arbeitnehmer mit Vertretern der Berufsverbände zu keiner Verständigung führte, wurde die Lösung der Lohnstreitfragen einem Schiedsgericht übertragen, das entschieden hat, daß die Arbeiter eine Zulage von 25 Prozent zu den ihnen vor kurzem zugebilligten 130 Prozent zu erhalten haben. Die Arbeitgeber stimmten dieser Entscheidung nicht zu, und infolgedessen wird das Schiedsgericht in neuer Zusammensetzung sich noch einmal mit dieser Angelegenheit befassen.

Im Dabrowaer Kohlengebiet

machen die Industriellen die Aufnahme von Verhandlungen von der Festsetzung der Löhne in Oberschlesien abhängig.

Der Ausstand der galizischen Maschinisten

dauert weiter und hat sich noch ausgedehnt. Die Personenzüge und Eilzüge zwischen Krakau und Warschau, Koluszki, Posen und Wien verkehren mit Warschauer Personal. Die Ruhe wurde bis jetzt nirgends gestört. Man hofft, daß der Ausstand bald sein Ende finden wird. Wie gemeldet wird, bestehen zwischen den Streikenden und ihren Berufsorganisationen Meinungsverschiedenheiten darüber, wer eigentlich für den Beginn des Ausstandes verantwortlich ist. Eine Organisation sucht der anderen die Verantwortung zuzuschreiben.

Militäreisenbahner als technische Nothilfe.

Das Kriegsministerium hat den Eisenbahnbehörden drei Kompagnien des Krakauer Eisenbahnerregiments zur Verfügung gestellt. Zwei Kompagnien bleiben in Krakau, eine wurde nach Lemberg geschickt.

Einschränkung des Personenverkehrs zu Gunsten der Lebensmittelzufuhr

hat der Eisenbahnminister durch eine besondere Verfügung für die Dauer des Ausstandes veranlaßt.

Einen Aufruf an die streikenden Maschinisten

hat die Lemberger Wojewodschaft erlassen. Sie erhebt gegen die Streikenden den Vorwurf, daß sie in Widerspruch zu den Weisungen des Hauptvorstandes des Maschinistenverbandes, der gegenwärtig mit der Regierung verhandelt, eigenmächtig die Arbeit niedergelegt haben, und fordert sie auf, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Aufruf betont die Schädlichkeit des Ausstandes und die Gefahr, in die er den Staat versetzt, und appelliert an die Vaterlandsliebe der galizischen Eisenbahner. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß, wenn der Aufruf von den Eisenbahnern nicht beachtet werden würde, die Regierung alles daran setzen würde, den Verkehr und vor allen Dingen die Lebensmittelzufuhr aufrechtzuerhalten, und daß die entsprechenden Maßnahmen schon getroffen seien. Am Schluß werden die Maschinisten vor einer Fortsetzung des Streiks dringend gewarnt: Die Behörden würden gezwungen sein, den Streikenden mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und die gesetzlichen Vorschriften mit aller Schärfe anzuwenden.

Aachen wieder von den Sonderbündlern befreit.

Der Separatistenputsch in Aachen hat mit einem vollkommenen Mißerfolg geendet. Es zeigte sich bereits gestern, daß die Bevölkerung dem Gewaltstreich völlig ablehnend gegenüberstand. Die Sonderbündler mußten sich infolge der feindlichen Haltung der Bevölkerung aus den von ihnen besetzten Gebäuden zurückziehen. Die Polizei schritt gestern im Laufe des Abends zur Säuberung der von den Separatisten besetzten öffentlichen Gebäude. **Eine Abteilung von 24 Polizisten, denen eine Menschenmenge von etwa 5000 Personen folgte, zog zur Post. Diese wurde gestürmt, und die Fahnen der Rheinischen Republik wurden von der begeisterten Menge heruntergeholt und in tausend Fetzen zerrissen. Der Kommandeur der separatistischen Trupps begab sich unter den Schutz der Feuerwehr. Das Rathaus wurde ebenfalls von den Sonderbündlern gesäubert. Die Menge stürmte dann das Bureau der Separatisten und vernichtete die Akten. Die Sonderbündler flohen über die Dächer; Arbeiter, die in der Nähe beschäftigt waren, schlugen die Fliehenden mit Stöcken tot. Der belgische Ortsdelegierte erklärte, daß er dafür sorgen werde, daß die Sonderbündler abziehen würden. Die Stoßtrupps der Sonderbündler waren mit belgischen Brownings bewaffnet.**

In München-Gladbach ist die Ruhe und Ordnung dank dem energischen Eingreifen der deutschen Polizei wieder hergestellt. Die Engländer haben gestattet, daß eine Anzahl Kölner Schupoleute in den gefährdeten Städten verwendet werden dürfen.

Bei der Befreiungsaktion in Aachen haben sich die Gewerkschaften und die Arbeiterschaft besonders verdient gemacht.

Vollkommener Mißerfolg der Sonderbündler in Mainz.

Nachdem sich in Mainz sämtliche Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten gegen die separatistische Bewegung ausgesprochen hatten, änderte sich die Stellungnahme der Franzosen. Während sie zuerst gegen die Polizei vorgegangen waren und auch deren Entwaffnung verfügt hatten, wurden nunmehr den Polizisten die Waffen zurückgegeben. Auch im übrigen hielten es die Franzosen für angebracht, merklich von den Separatisten abzurücken. Sämtliche Regierungsgebäude in Mainz sind wieder frei. Die Sonderbündler mußten das Regierungsgebäude und das Kreisamt, wo sie während des Dienstags von den Franzosen bewacht wurden, räumen. In der Stadt herrscht große Erbitterung, und die Bevölkerung suchte eifrig nach den Schlupfwinkeln der Sonderbündler. Besonders die Arbeiterschaft zeichnete sich im Vorgehen gegen die Verräter aus. **Sämtliche Gewerkschaftsverbände und alle politischen Parteien erklärten sich durch Maueranschlag gegen die Bestrebungen der Elemente, welche die Rheinische Republik ausrufen wollen, und mahnten die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung.** Zu diesem Zweck haben die Gewerkschaftsverbände einen Ordnungsdienst (weiße Armbinde mit dem Zeichen S. O.) organisiert.

Befreiung weiterer Städte.

In Jülich, Koblenz, Rheydt und **Erkelenz** hat der sonderbündlerische Schwindel ein ebenso schnelles Ende gefunden wie in Aachen. In Jülich drang eine erregte Volksmenge in das Rathaus ein, warf die dort befindlichen Sonderbündler hinaus und brachte sie ins Polizeigefängnis. Mehrere wurden so schwer mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. — In Rheydt wurden beim Kampf mit Sonderbündlern mehrere Personen getötet, darunter der separatistische Bürgermeister von München-Gladbach.

Kämpfe in Wiesbaden.

In Wiesbaden kam es am Dienstag früh zu Zusammenstößen zwischen den Separatisten und Reichstreuen, wobei es eine Anzahl von Verletzten gab. Von der gesamten Arbeiterschaft wurde die Arbeit niedergelegt, da sie, einschließlich der Kommunisten den Separatisten feindlich gegenübersteht und ihre Reichstreue betont. Die politischen Parteien haben mit dem französischen Kommandanten verhandelt. Von separatistischer Seite war kein verhandlungsfähiger Mann erschienen. Der Eindruck der Parteiführer ist der, daß die Franzosen in Wiesbaden nach einer Möglichkeit suchen, um aus der unangenehmen Situation herauszukommen. Die grünen Plakate der Separatisten waren lediglich unterschrieben: Eine Kommission. Zahlreiche französische Patrouillen zu Fuß und zu Pferde durchziehen die Straßen Wiesbadens. Der Polizeidienst ist eingestellt. Die Gewerkschaften haben den Streik proklamiert.

Auch in Bonn und Trier

fanden Kämpfe der Bevölkerung mit den größtenteils von auswärts eingerückten Separatisten statt. An beiden Orten haben die Sonderbündler das Rathaus besetzt, wo sie von den Franzosen beschützt werden.

Das Werk des französischen Portemonnaies.

Fast allgemein ist in England die Auffassung, daß die ganze Rheinlandbewegung ein künstliches Gebilde sei, das seine Wurzeln nicht im rheinischen Volk, sondern im französischen Portemonnaie habe. Von den Kreisen abgesehen, die französischer als die Franzosen sind, gibt man sich hierüber trotz aller französischer Ableugnungsversuche keinerlei Täuschung hin. So schreibt „Manchester Guardian", daß niemals eine Unabhängigkeitsbewegung mit geringerer Unterstützung der öffentlichen Meinung ins Werk gesetzt worden sei. Keine verantwortliche Persönlichkeit habe gefunden werden können, die sich zu ihrem Führer hingeben oder sich auch nur zu ihr gesellen wolle. Es sei möglich, daß in separatistischen Kreisen die Hoffnung gehegt werde, durch eine Trennung vom Reich die rheinischen Reparationsverpflichtungen zu vermindern. Da aber Frankreich immer mehr zu der Ansicht neigt, daß Reparationen nur aus dem besetzten Teil des Reiches herausgezogen werden könnten, so dürften die Separatisten in dieser Hinsicht eine Enttäuschung erleben. Die „Pall Mall Gazette" sagt rund heraus, daß das rheinische Volk wohl kurzen Prozeß mit den rheinischen Separatisten machen würde wenn sie nicht durch die Franzosen geschützt würden. (Die Richtigkeit dieser Bemerkung hat sich inzwischen bestätigt.) Die ganze Sache erinnere an das westfälische Königreich Napoleons, das zusammengestürzt sei, sobald die französischen Bajonette verschwanden. Ein Zerfall des Reiches würde nur die Ideale der deutschen Einheit aufs neue heiligen und außerdem Deutschland einen großen Teil der Sympathie der Welt gewinnen.

Auch **Lloyd George**, dem in Cincinnati ein Telegramm über die Ausrufung der Rheinischen Republik vorgelegt wurde, hat mit seiner Ansicht nicht zurückgehalten; er sagte, er zweifle nicht daran, daß französisches Geld hinter der Bewegung stehe. Ebenso sei er vom ersten Augenblick, da Poincaré das Ruhrgebiet besetzt habe, der Meinung gewesen, daß dieser hiermit die Zerstückelung Deutschlands beabsichtige.

Kritische Stimmen in Paris.

Die französischen chauvinistischen Blätter, vor allem der „Temps" betonen, daß die Separatisten von Frankreich geschützt werden müßten. Doch sind einige Blätter anderer Ansicht. „Wir müssen jedes Urteil über die Zweckmäßigkeit und die Gerechtigkeit dieser Erhebung vermeiden," schreibt der „Gaulois". „Ehe wir uns darüber freuen, wollen wir fragen, was wir dabei gewinnen können." Noch schärfer urteilt Philippe Millet im „Paris Midi", der schon früher einmal mit deutlicher Verachtung vor jeder Begünstigung der Verräter warnte. Heute prophezeit er, daß diese Eintagsrepublik, die zur Befriedigung des lokalen Egoismus geschaffen worden sei, sehr bald verschwinden werde, und daß Frankreich dann die Zeche für den Freudenrausch einiger Übernationalisten bezahlen könnte. Die „Stoßtrupps" und die „Rheinische Armee" des Herrn Deckers erscheinen Millet und auch einigen anderen Franzosen als ziemlich verdächtig. „Wer hat diese Menschen bewaffnet? Wie können sie im besetzten Gebiet mit Maschinengewehren Politik treiben, wenn Belgier und Franzosen es nicht dulden wollen?" fragt der „Quotidien".

Blutiger Kommunistenaufstand in Hamburg

Wie schon gestern kurz gemeldet, kam es in Hamburg zu blutigen Vorgängen von ungewöhnlicher Schwere. Die Kommunisten von Hamburg hatten ihren Plan groß angelegt, um sich zu Herren der Stadt zu machen. Man hat in Hamburg und seinen Vororten das Bild eines vollkommenen Bürgerkrieges gehabt, Aufreißen der Schienen in der Umgegend, Barrikadenbau, blutige Straßenkämpfe. Die kommunistischen Absichten gingen dahin, von den Vororten aus nach Überrumpelung der dortigen Polizeiwachen bis in die Innenstadt vorzugehen, wo man von der zum Teil linksradikalen Arbeiterschaft auf umfassenden Zuspruch rechnete.

Das Signal zum Aufruhr.

Am Montag in den späten Abendstunden wurde gemeldet, daß auf der Strecke Lübeck—Büchen zwischen Alt-Rahlstedt und Ahrensberg von etwa hundert Kommunisten, die mit der Bahn in Alt-Rahlstedt eingetroffen waren, die Schienen aufgerissen und gefällte Bäume über den Bahnstrang geworfen worden seien. Schutzpolizei nahm **30 Aufrührer** fest und sorgte dafür, daß die Strecke wieder freigemacht wurde. Nachts wurden von bewaffneten Trupps Polizeiwachen in den äußeren Bezirken der Stadt, z. B. in Eimsbüttel, Barmbeck, Uhlenhorst, Wandsbeck, Horn, Hamm und Borgfelde, überrumpelt. Die überfallenen Beamten unterlagen zunächst der Übermacht, und die Aufrührer setzten sich in den Besitz einer Anzahl Polizeiwachen.

Gegenaktion der Polizei.

Am Dienstag in den Morgenstunden begann alsbald die Säuberungsaktion, durch die bereits gegen 9 Uhr sämtliche Wachen bis auf eine in Eimsbüttel, zwei in Barmbeck und eine in Horn wieder befreit werden konnten. Bei den Kämpfen um die Wache in Eimsbüttel, die zurückerobert wurde, schossen die Aufrührer aus großkalibrigen Gewehren und verwundeten die Mannschaften eines Panzerkraftwagens. Die Aufrührer errichteten dann in den Straßen wie in der Stadt Barrikaden aus umgestürzten Straßenbahnwagen und Möbeln, die sie aus den nächsten Häusern herausholten. Um diese Barrikaden entspann sich dann ein **blutiger Kampf**, bei dem die Polizei **5 Tote** und **30 Verletzte** hatte, während auf seiten der **Kommunisten 14 Tote** und **108 Verwundete** festgestellt werden konnten, wobei jedoch zahlreiche Verletzte von den eigenen Angehörigen geborgen worden sind.

Die Polizei wurde von der bürgerlichen Einwohnerwehr und von Offiziersverbänden unterstützt. Die Arbeiterviertel wurden abgesperrt. Überall wurden Maschinengewehre aufgefahren. Gleichzeitig wurde über das Groß-Hamburger Gebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Die Haltung der Arbeiterschaft

Der Wehrkreiskommandeur, General von Tschischwitz, hat für alle lebenswichtigen Betriebe, Gas, Wasser, Elektrizität und Eisenbahn, ein Streikverbot erlassen und schärfstes Durchgreifen angedroht, falls irgendwo ein Ausstand in diesen Betrieben ausbrechen sollte. Die rechtssozialistische Arbeiterschaft lehnt jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Gleichzeitig erlassen die Gewerkschaften eine Kundgebung an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in welcher der von der kommunistischen Partei angezettelte Aufruhr als Verbrechen an der Arbeiterschaft bezeichnet wird und die Arbeiter und Angestellten gewarnt werden, der Generalstreik-Parole der Kommunisten Folge zu leisten.

Für alle Fälle ist der Kreuzer „Hamburg" und eine Torpedoboot-Halbflottille im Hamburger Hafen eingetroffen, um dort die Ruhe und Ordnung zu sichern.

Die Hafenarbeiter hatten am Montag die Arbeit niedergelegt. Die Lohnverhandlungen sind gescheitert. Die Arbeiten im Hamburger, Harburger und Altonaer Hafen ruhen fast vollständig.

Maßnahmen zur Linderung der Hungersnot.

Der Hamburger Senat hat erkannt, daß der Aufstand vor allem durch die furchtbare Teuerung der Lebensmittel und die daraus entstehende Erregung der Bevölkerung so gefährlich werden konnte. Es wurden von ihm daher Maßnahmen getroffen zur schnellen und durchgreifenden Besserung der Wirtschaftsverhältnisse.

Wie in Hamburg wird auch in Altona noch in dieser Woche ein wertbeständiges Zahlungsmittel über 1/4 und 1/8 Dollar in den Verkehr gebracht werden. Alle Einkünfte und das Vermögen der Stadt haften dafür.

Die Schließung aller Luxusgaststätten und Bars soll in Hamburg und in Altona mit größter Strenge durchgeführt werden.

Während in Altona jeder Erwerbslose kostenlos 10 Pfund Kartoffeln erhält und Brot und Mehl zum Preise vom letzten Sonnabend ausgegeben werden, soll in Hamburg dem Senat das Recht gegeben sein, auch über den Betrag von 500 Billionen hinaus genügend hohe Summen ohne Befragen der Bürgerschaft für Unterstützungszwecke zu verwenden.

Andere Teuerungsunruhen.

In **Kottbus**, in **Schöningen** (im Braunschweigischen Kohlenrevier), in **Erfurt**, in **Stettin** und in **München** kam es zu Unruhen wegen des hohen Brotpreises. Es wurde versucht, Läden zu plündern. Die Polizei mußte an mehreren Orten die Waffe gebrauchen. In Erfurt wurde ein Demonstrant getötet und zwei verwundet, mehrere Polizisten verletzt. Schaufenster wurden zertrümmert. In Stettin traten die Arbeiter der Vulkanwerft in passive Resistenz. Die Beförderung von Lebensmitteln nach Stettin wird immer geringer, da die Landwirte die Annahme der Papiermark meist verweigern. An der Stettiner Börse wurden am Dienstag Kartoffeln in Festmark notiert, und zwar 1,65 M. pro Ztr. ab Verladestation, zahlbar in Goldanleihe.

Die Rettung naht.

Ausgabe wertbeständigen Geldes.

Die Ausgabe größerer Mengen wertbeständiger Zahlungsmittel beginnt in Deutschland, wie W. T. B. meldet, in den nächsten Tagen. Folgende Maßnahmen sind ergriffen:

1. Stücke der Goldanleihe sind ununterbrochen gedruckt worden, bis vor einiger Zeit aber hauptsächlich größere Stücke zur Befriedigung der Zeichnungen. Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden noch in dieser Woche in größerer Zahl zur Verfügung stehen. Ab Ende dieser Woche werden täglich etwa für 8 Millionen Goldmark Goldanleihestücke hergestellt werden.

2. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist sofort die Herstellung von Zwischenscheinen der Goldanleihe beschlossen worden, die über einen zehntel, einen viertel und einen halben Dollar lauten werden. Der Druck hat bereits begonnen.

3. Industriellen Werken, die für wertbeständiges Geld geeignete Sicherheiten bieten können, wird auf Antrag die Genehmigung zur Ausgabe wertbeständigen Notgeldes erteilt, damit recht bald ein Teil des Lohnes wertbeständig bezahlt werden kann.

4. Die Arbeiten für den Druck der Rentenmarkscheine erleiden durch die geschilderten Maßnahmen keine Unterbrechungen, sondern werden mit der gleichen äußersten Beschleunigung wie bisher fortgeführt.

Graf Kanitz Ernährungsminister.

Die Ernennung des Grafen Kanitz zum Reichsernährungsminister ist vollzogen worden. Der Neuernannte erläßt einen Aufruf mit der Überschrift „An meine Berufsgenossen". Graf Kanitz erklärt darin, daß er aus seiner Partei ausgetreten sei, weil er der Ansicht sei, daß auf dem Wege der parteipolitischen Auseinandersetzung Deutschland nicht gerettet werden könnte. Der Minister appelliert an die Landwirte, damit sie die Not von Millionen lindern helfen. Als praktischer Landwirt werde er sich zu keinerlei Maßnahmen verstehen, die die Produktion lähmen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Berufsgenossen, denkt an die furchtbare unbeschreibliche Not in den Städten! Denkt daran, daß täglich wertvolle deutsche Menschenleben buchstäblich verhungern! Denkt daran, daß ein neues glückliches Deutschland niemals aufzubauen ist, wenn die Städte sterben! Helft mir bei meiner unsagbaren schweren Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen, — einer Aufgabe, die, wenn überhaupt einigermaßen, dann nur mit Eurer freiwilligen und verständnisvollen Mitarbeit zu lösen ist! Ich hoffe der Unterstützung aller Patrioten, somit der Unterstützung meiner Berufsgenossen sicher zu sein. Gez. Graf Kanitz."

Die Besprechung der bayerischen Frage

im Reichsrat sollte am Mittwoch nachmittag um 5 Uhr beginnen. Um vorher Fühlung mit Bayern zu nehmen, hat sich der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber, der als Vertreter Württembergs auch die Einberufung des Reichsrats beantragt hatte, nach München begeben. Er hat mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine Beratung gepflogen und dabei die Geneigtheit der bayerischen Regierung zu Kompromissen festgestellt. Es verlautet, daß die bayerische Regierung noch die Hoffnung hege, in der Sitzung des Reichsrats würde den bayerischen Wünschen durch eine „versöhnliche" Lösung Rechnung getragen werden, wobei die Dinge weniger zurückschauend, als in die Zukunft sehend, das heißt: mit Rücksicht auf noch angestrebte bayerische Wünsche behandelt werden sollten.

Regierungs-Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete.

Wie wir erfahren, haben sich Reichskanzler Dr. Stresemann, Reichsminister des Innern Dr. Sollmann, der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Fuchs und der preußische Ministerpräsident Braun Mittwoch abend nach Hagen in Westfalen begeben, wo sie im Laufe des Donnerstags Besprechungen mit Vertretern der Parteien und der Wirtschaftsverbände der besetzten Gebiete haben werden. Donnerstag abend wird eine große öffentliche Versammlung stattfinden, in der der Reichskanzler, der preußische Ministerpräsident und der Minister des Innern sprechen werden.

Die Verlobung ihrer Tochter **Hertha** mit dem Königl. Preuß. Leutnant a. D. im ehem. Thüring. Ulanen-Regt. Nr. 6, Herrn

Walter Schulte-Vieting

zeigen ergebenst an

Posen, im Oktober 1923.

Georg Graf v. Lüttichau
Königl. Preuß. Rittmeister a. D.

Hildegard Gräfin v. Lüttichau
geb. v. Winterfeld.

Meine Verlobung mit

Hertha Gräfin v. Lüttichau

Tochter des Rittmeisters a. D. Georg Graf v. Lüttichau und seiner Frau Gemahlin Hildegard, geb. v. Winterfeld, zeige ich ergebenst an.

Goldhamme bei Bochum, z. Zt. Wülperode b. Vienenburg a. Harz, im Oktober 1923.

Walter Schulte-Vieting
Königl. Preuß. Leutnant a. D.
im ehem. Thüring. Ulanen-Regiment Nr. 6.

Arbeitsmarkt

Wegen Eintritt des jetzigen Beamten zum Militärdienst findet per sofort ein (9683
Assistent
für Hof- und Feld auf hiesiger Verwaltung Stellung.
Dom. Langguhle, Post Bojanowo.

Schachtmeister
mit 8—10 Leuten
baldigst gesucht. Meldungen an (9699
Gutsverwalt. Białokosz, Post Nojewo.

Evgl. Haustochter
in Küche und Hausarbeit erfahren, sucht (9698
Frau Funck, Zamek Nowy Dwór,
pow. **Nowy Tomyśl.**

Ausbesserin
für Wäsche, die in ihrer Wohnung ausbessert, ebenso
Stickerin,
die zu Hause Wäschemonogramme stickt, gesucht. Off. u. **T. 9708** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Stellengesuche

Wirtschafts-Inspektor,
Ende 30er. verh., kinderlos, evgl., Bauernsohn v. z. Haus, von Jugend an als Wirtschaftsbeamter m. Erfolg tätig, Frau in der Geflügelzucht sehr erfahren, gute Köchin, sucht, gestützt auf gute Papiere und Empfehlung, bald oder 1. 1. 24 Stellung, auch auf Nebengut. Zuschr. u. **9693** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Jg. rout. Buchhalter,
versiert mit allen vork. Büroarbeit., sucht, gestützt auf Ia Empf. u. Zeugn., per 1.11.23 entsprech. Position. Gefl. Ang. u. **9686** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Intellig. jg. Wienerin, evgl. Religion, musik., poln. Sprache mächtig, im Haushalt u. Kochen perfekt, sucht Stellung als
Wirtschafterin
in frauenlos. Haush. ab 1. 11. Gefl. Off. u. **9592** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Int., evgl. jg. Frau sucht Stellung als
Stütze der Hausfrau
mit Familienanschluß, ab 1. 11. 23. Solche a. d. Gute bevorzugt. Gefl. Off. u. **9593** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Suchen für unser Fräulein Mitte 20er, perfekt in allen Hausarbeiten, auch im Nähen, per bald in Posen Stellung als **Stütze der Hausfrau.** Bevorzugt frauenloser Haushalt. Off. u. **D. 9304** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wirtschaftsfräulein sucht Stellung, ist sehr kinderlieb. Zeugnis und Bild können gleich gesandt werden. Meld. sind zu richten an Fräul. **M. Gonschorek, Koltowski p. Chojniki, pow. Odolanów.**

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 26. Oktober, abends 4½ Uhr.
Sonnabend, morg. 7¼ Uhr, vorm. 10 Uhr,
nachm. 4½ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt,
Sabbatausgang abends 5 U. 20 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr und abends 4½ Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.
Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.
Freitag, 26. Oktober, abends 5 Uhr.
Sonnabend, den 27. Oktober, vorm. 10 Uhr.

Die drei Musketiere

Spielplan des Großen Theaters.
Donnerstag, den 25. 10.: **„Hoffmanns Erzählungen"** Oper v. Offenbach.
Freitag, den 26. 10. 23: **„Glocken von Corneville"**, Komische Oper von Planquette.
Sonnabend, den 27. 10. 23: **„Die toten Augen"** Oper von d'Albert.
Sonntag, den 28. 10. 23, nachm. 3 Uhr: **„Halka"** Oper von Moniuszko. (Ermäßigte Preise)
Sonntag, den 28. 10. 23, abends 7½ Uhr: **„Maskenball"**, Oper von Verdi.

Wohnungen

Einfacher Privatbeamter sucht zu sofort oder 1. 11.
möbl. Zimmer.
Zentrum od. Wilda bevorzugt. Off. u. **F. 9675** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Zimmer mit Frühkaffee oder auch voller Pension wird von berufstätiger, ruhiger Dame zum 1. November 1923 gesucht. Gefl. Offerten mit Preisangabe unter **9668** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Putzmacherin sucht **möbl. Zimmer,** evtl. gegen Hilfe im Haushalt. (Eigenes Bett und Wäsche). Ang. u. 970… a. d. Geschäftsst. d. Bl. er…

Studentin (Warschauerin) sucht **möbliertes Zimmer** evtl. für polnischen Unterricht. Off. u. **K. 9709** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Eine ganz große Ente.

Die „Gazeta Poznańska" bringt in ihrer Donnerstagsausgabe (Nr. 244) folgende Meldung:

Stinnes in Posen.

Wie man uns aus glaubwürdigen Kreisen mitteilt, unternimmt Stinnes gegenwärtig eine großzügige Offensive auf Polen. Zuerst wird er die fremdsprachige Presse in Polen, vor allen Dingen die deutsche, in seine Hand bringen, und danach wird ein großer konzentrischer Angriff auf die Schwerindustrie unternommen werden. Nachdem seinerzeit die oberschlesische „Kattowitzer Zeitung" von ihm aufgekauft worden ist, ist jetzt die Reihe an das hakatistische „Posener Tageblatt" gekommen, welches zugleich mit seiner Druckerei, der größten Druckerei in Posen, in Stinnes Hände übergegangen ist. — **Wir schlagen Alarm!** Der ungekrönte Moloch Deutschlands unserer Tage hat seine blutige Tatze **auf das Herz Großpolens gelegt. Laßt uns wachsam sein!**

Diese Ente ist so groß, dick und fett, daß sie nicht einmal mehr fliegen kann. Uebelriechend und vor lauter Fett nach Luft schnappend, sitzt sie schwermütig auf dem Redaktionstisch der „Gazeta Poznańska" und denkt nach über die blühende Erfindungsgabe ihrer Väter und über die Schönheit des Bildes von der blutigen Tatze des ungekrönten Moloch.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 25. Oktober.

Die Kirchliche Woche in Thorn.

II.

Mit ein wenig Bangigkeit und Sorge hatten die Veranstalter der Kirchlichen Woche auch die evangelischen Männer nach Thorn gerufen, aber der Evangelische Männertag am Dienstag, dem 23. Oktober, bewies doch, daß auch die Männer ein lebendiges Interesse nicht nur an den äußeren kirchlichen Dingen, sondern auch an den wichtigsten religiösen Fragen nehmen. Wenn dieses Interesse doch mehr in Erscheinung treten würde, damit die evangelische Kirche wieder eine Männerkirche werde!

Was die evangelischen Männer von ihrer Kirche erwarten, was sie an ihr verbessert und geändert sehen wollen, das führte Architekt Kartmann-Posen in einem sehr klaren, sachlichen Vortrage aus, der trotz seiner großen Objektivität dennoch die warme persönliche Anteilnahme am Leben und Gedeihen der Kirche zu Worte kommen ließ. Eine Fülle von Fragen, Ausstellungen und Wünschen ging auf die verschiedensten Gebiete des kirchlichen und des Glaubenslebens ein, von denen die wichtigste das Verlangen nach einer Neugestaltung der Verfassung und der gottesdienstlichen Formen, die Sehnsucht nach größerer persönlicher Fühlungnahme mit dem Seelsorger und die Aufforderung an die Männer, selbst an der Kirche und für die Kirche zu arbeiten, zu nennen wäre.

Der Frage: „Was erwarten wir von unserer Kirche" stellte Pfarrer Fischer-Langenolingen die andere gegenüber: „Was erwartet die Kirche von ihren Gemeindegliedern?" Der lebendige, zündende und zu jedem einzelnen Gewissen warm und herzlich redende Vortrag fragte immer wieder: Wo sind die Männer in unserer Kirche, der Kirche, die zuerst aus Männern voll Bekennermut und Protestantenfestigkeit, mit mannhafter Tatkraft und entschlossener Opferwilligkeit gebildet wurde. Der kernfeste deutsche Mann Luther, der christliche Adel deutscher Nation, die Räte, die Handwerksmeister und die Bauern, ihnen war ihre Kirche ein Lebenselement, dafür lebten und kämpften und starben sie. Aber in der Gegenwart gilt das Wort nicht mehr: Wer ist ein Mann? Der beten kann! Der Bekennermut fehlt, und die Arbeit für die Kirche wird fast ausschließlich von der Frauenwelt getragen. Ein rechter evangelischer Mann vertritt mit männlicher Energie im persönlichen Leben seine Glaubensüberzeugung, er ist ein lebendiges Glied seiner Gemeinde und darüber hinaus auch der großen Gesamtkirche.

Die sehr angeregte Besprechung kennzeichnete das große Sehnen, das durch alle Bevölkerungsschichten und Bildungskreise hindurchgeht, das müde vom Materialismus unserer Tage und des Unwertes aller irdischen Dinge sich bewußt, nach Ewigkeitswerten verlangt.

Die Notwendigkeit der allgemeinen Mitarbeit aller Gemeinden bewies mit größter Deutlichkeit auch die Besprechung am Nachmittag, die die Organisation und fernere Durchführung des vor einem halben Jahre ins Leben gerufenen Kirchlichen Hilfswerkes behandelte. Der Präses der Landessynode, Herr von Klitzing-Dziembowo, zugleich der Gründer und Vorsitzende des neuen Vereins, berichtete über die bisherige Durchführung dieser umfassenden Arbeit und betonte immer wieder ihre Lebensnotwendigkeit für die evangelische Kirche in unserem Gebiet.

Leider ließ aber der Bericht von Pfarrer Kammel-Posen über die Beiträge und deren Verteilung an die einzelnen Anstalten und Verbände der Inneren Mission erkennen, daß man in weiten Kreisen diese Notwendigkeit noch nicht verstanden hat.

Hoffentlich werden alle die Vorschläge zur besseren Bekanntmachung und persönlichen Werbearbeit, die besonders aus den Kreisen der Landwirte heraus gemacht wurden, in Zukunft den gewünschten Erfolg bringen, denn es steht traurig um die Zukunft unserer evangelischen Liebesarbeit, wie die anwesenden Berufsarbeiter der Inneren Mission immer wieder versichern mußten.

Nach all den mehr äußeren und praktischen Besprechungen und Anregungen mahnte der Schluß des Tages, wo sich die Thorner evangelische Gemeinde und die Teilnehmer an der Kirchlichen Woche wieder in der Altstädtischen Kirche sammelten, zur inneren Einkehr, zum Nachdenken über die Bedürfnisse der eigenen Seele. Pfarrer Harhausen-Dirschau sprach ernst und eindringlich über das Thema, das jetzt allen am nächsten liegt: unsere Not. Aber nicht die Not an dem, was man zum täglichen Leben braucht, ist die größte und erschütterndste. Auch die Seele schreit: Ich verderbe im Hunger, und verlangt danach, zur Ruhe zu kommen, frei zu werden von aller Knechtschaft der Sünde und zu dem zurückzukehren, der ihr Vater ist. Der Weg zur Umkehr ist schwer und doch jedem möglich, der den kennt, der gesagt hat: Ich bin der Weg; niemand kommt zum Vater denn durch mich.

Auch an den noch folgenden beiden Abenden der Kirchlichen Woche werden ähnliche religiöse Vorträge gehalten werden.

Außer diesen die Allgemeinheit angehenden Versammlungen hatten im Laufe des Tages noch eine Zusammenkunft des Evangelischen Pfarrervereins und des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins stattgefunden.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung nahm einen recht lebhaften und ausgedehnten Verlauf. Sie stand im Zeichen von Notstands- und Teuerungs-Interpellationen, indem man die Frage aufwarf, mit welchen Mitteln man der steigenden Not der Bevölkerung entgegentreten könne. Der Winter stehe vor der Tür, und das Gespenst der Arbeitslosigkeit sei im Wachsen begriffen. Oberbürgermeister Ratajski erklärte, daß die Posener Wojewodschaft sich an die Warschauer Regierung mit der Bitte um Überlassung größerer Mengen Feuerungsmaterials zu billigen Preisen für die ärmere Bevölkerung gewandt habe. Dieser Bitte werde zweifellos die Zentralregierung in kürzester Zeit entsprechen. Über den Verlauf der Sitzung ist im einzelnen folgendes zu berichten:

Zunächst wurde die Tagesordnung erledigt. Stadtv. Pluciński berichtete über die Wahl eines Bezirksvorstehers für den Bezirk III, Stadtv. Krause über die Wahl zweier Deputierter der Feuerwehr-, Straßenreinigungs- und Abfuhrdeputation.

Über die Bewilligung einer

Zulage für die städtischen Angestellten

in Höhe von 18 Prozent und eines rückzahlbaren Vorschusses in Höhe von 40 Prozent vom Oktobergehalt berichtete Stadtv. Stachecki. Der angeforderte Kredit beträgt 1 400 000 000 Mk.

Stadtv. Sieradzki berichtete über die

Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne

um 92 Prozent vom 1. d. Mts. ab.

Die Anträge wurden widerspruchslos genehmigt.

Nach der Erledigung einer Anstellungsangelegenheit berichtete Stadtv. Krause über die

Gaspreiserhöhung

auf 22 000 Mk. für das Kubikmeter. Die Angelegenheit veranlaßte eine Anfrage des Stadtv. Dr. Stark, der eine Reihe von Beschwerden vorbrachte, die sich gegen die rückwirkende Berechnung der Gaspreise und die unterschiedliche Berechnung der Preise richtete.

Oberbürgermeister Ratajski begründete diese Maßnahmen mit der fortschreitenden Entwertung des Geldes. Man dürfe nicht vergessen, daß die Gasverbraucher eine dreimal billigere Feuerung als die Kohlenverbraucher haben.

Die Aussprache über diesen Punkt war recht lebhaft und hatte den Erfolg, daß gemäß einem Antrage des Stadtv. Dr. Stark die Gaspreise nicht mehr rückwirkend berechnet werden dürfen.

Über die Erhöhung des elektrischen Strompreises

berichtete Stadtv. Kierski. Der Strompreis wurde antragsgemäß auf 55 000 Mk. für die Kilowattstunde erhöht. Kinos usw. zahlen das Doppelte.

Stadtv. Kierski berichtete ferner über die

Erhöhung des Wasserpreises

auf 22 000 Mk. für das Kubikmeter. Nach debatteloser Annahme der beiden Vorlagen setzte eine rege Aussprache über den Punkt 11 der Tagesordnung,

Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises

ein. Der Preis für die Fahrt wurde von 5000 auf 10 000 Mk., ebenso die Abonnementskarten auf das Doppelte erhöht. Scharf kritisiert wurde das Vorgehen der Straßenbahndirektion bei der Behandlung der Arbeiterfahrkarten.

Stadtv. Stachecki sprach für die blinden Invaliden und ihre Begleiter. Der Begleiter solle als solcher die Bahn unentgeltlich benutzen dürfen und nicht, wie jetzt üblich, zur Lösung einer Karte angehalten werden.

Stadtv. Sniady forderte die Abschaffung der doppelten Abendtaxe. Da wäre es entschieden besser, eine Einschränkung des Nachtbetriebes herbeizuführen.

Stadtpräsident Ratajski: Die Nachtfahrten mit ihrem doppelten Tarif bringen auch der Straßenbahn nichts ein.

Nach Schluß der Debatte berichtete Stadtv. Krause über die

Erhöhung des Tarifs im städtischen Schlacht- und Viehhof.

Beschlossen wurde die Erhöhung der Sätze um 120 Prozent.

Stadtv. Maciejewski erstattete den Bericht über den Wert der Inventuraufnahme und die Ergebnisse der

Posener Messe.

Hier stehen sich Überschüsse in Höhe von 300 Millionen und Schulden von 700 Millionen Mk. für die Haftsumme der ausgeführten Bauten gegenüber. Da die leerstehenden Bauten in der Zwischenzeit nur selten benutzt werden, schlug der Abg. Sniady die Hergabe der Hallen zu Versammlungszwecken vor. Denn an Versammlungsräumen herrsche jetzt für die Arbeiterorganisationen ein großer Mangel. Sein Antrag fand jedoch in der Versammlung nicht die nötige Unterstützung.

Nach der Erledigung der Tagesordnung begannen

die einzelnen Interpellationen.

Stadtv. Habel regte die Zuckerversorgung für die Kleinkaufleute und Grossisten an.

Stadtv. Budziński bezeichnet die Zustände in der Zuckerversorgung als ein Panama im Staate Polen.

Bei dieser Interpellation wie auch in der Aussprache über die Interpellation der Frau Stadtv. Dr. Großman über die Brotversorgung der Stadt Posen platzten die Geister heftig auseinander.

Die Auseinandersetzung war zeitweise recht stürmisch und bewegt, daß der Vorsitzende Dr. Mieczkowski recht kräftig die Glocke in Bewegung setzen mußte.

Zum Schlusse lief ein Antrag des Stadtv. Sniady auf Aufnahme einer Anleihe von 10 Milliarden Mk. zur

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

und Steuerung der Lebensmittelteuerung ein, der angenommen wurde. Man sagte sich die kräftigsten Wahrheiten und erinnerte die Rechte an die Versprechungen, die sie vor der Wahl den Volksmassen gemacht hätte.

Erst nach vierstündiger Dauer erreichte die Sitzung um 10¼ Uhr abends ihr Ende. **bw.**

Erhebung von Vorschüssen durch die Kommunalverbände.

Bekanntlich sind seit einiger Zeit verschiedene Städte des ehemals preußischen Teilgebiets dazu übergegangen, zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe, zum Beispiel der Gasanstalten, Elektrizitäts- und Wasserwerke, besonders zur Beschaffung der erforderlichen Kohlenvorräte von ihren Abnehmern erhebliche Kostenvorschüsse zu erheben. Das ist nicht etwa ein willkürliches Vorgehen der Kommunen, sondern gründet sich auf das Gesetz vom 11. August d. Js. über die Erhebung von Vorschüssen zur Erhöhung des Umlaufskapitals. Die betreffende Stelle des Gesetzes lautet:

„Den Kommunalverbänden steht das Recht zu, zwecks Erlangung von Betriebskapitalien zur Unterhaltung von kommunalen Einrichtungen und gemeinnützigen Anstalten und Unternehmungen von denjenigen, die von diesen Anstalten, Einrichtungen und Unternehmungen Nutzen ziehen, Vorschüsse zu erheben."

⚔ **Zum neuen Rektor der Posener Universität** an Stelle des verstorbenen Professors Dr. Święcicki wurde der bisherige Prorektor und Professor des römischen Rechts Dr. Zygmunt Lisowski gewählt. Er ist in Krakau geboren, wo er auch seine juristischen Studien beendete, sie aber in Leipzig und Paris fortsetzte. Er war während zweier Jahre Dekan der Posener juristischen Fakultät.

⚔ **Aufhebung der Hundesperre.** Heut um Mitternacht erreicht die Hundesperre der Stadt Posen, die am 26. März d. Js. auf vier Monate verhängt und dann wieder um drei Monate verlängert wurde, nach siebenmonatiger (!) Dauer ihr Ende. Alle Hunde unserer guten Stadt werden ein Freudengeheul über die endliche Wiedererlangung der goldenen Freiheit anstimmen.

Maßnahmen gegen „Blinde Passagiere". Neuen Vorschriften des Eisenbahnministeriums zufolge sind Reisende, die entweder gar keine oder eine falsche Fahrkarte besitzen, wenn sie die sofortige Bezahlung der Strafe ablehnen, gleich auf der nächsten Station aus dem Abteil zu entfernen und zur Verantwortung zu ziehen.

Das Rauchen in den Schlafabteilen verboten. In den Eisenbahnschlafwagen darf während der Stunden von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens nicht geraucht werden. In der übrigen Zeit ist es nur mit Zustimmung des Mitreisenden gestattet.

Deutsche Industrieerzeugnisse in Posen. Für die städtische Feuerwehr ist ein Motorwagen neuester Konstruktion und ein Leiterwagen aus Deutschland von Daimler eingetroffen. Beide sollen in den nächsten Tagen ausprobiert werden.

Der polnische Buchhändlerschlüssel ist vom 22. d. Mts. ab 80 000 M.

Deutsche Turnerschaft in Polen. Am Sonntag, dem 21. d. Mts., fand in Bromberg ein Wetturnen statt, zu dem 12 Turnvereine Wetturner entsandt hatten. Pünktlich um 8½ Uhr traten etwa 60 Wetturner zum Kampf an, der sich aus Zwölfkampf 1. und 2. Stufe, Fünfkampf und Mannschaftskämpfen zusammensetzte. Es wurde ohne Pause bis zur Beendigung der Wettkämpfe durchgeturnt. Gegen 5 Uhr nachmittags versammelten sich die Teilnehmer im „Frithjof" zum gemeinsamen Mittagessen, wobei dann auch die Siegerverkündigung vorgenommen wurde. Nachstehende Turner errangen den Sieg: Zwölfkampf 1. Stufe: 1. Alfred Funke-Lodz mit 178, 2. Georg Senf-Lissa mit 168 und 3. Albert Berg-Thorn mit 166 Punkten. Bei Berg-Thorn ist diese Leistung um so anerkennenswerter, als es sich um einen Wetturner der ersten Stufe im vorgeschrittenen Alter von 48 Jahren handelt. Zwölfkampf 2. Stufe: 1. Bruno Zeidler-Lodz mit 187, 2. Rudolf Richter-Lodz mit 178, 3. Josef Otto-Konitz mit 170, 4. Willy Pitt-Posen und Senkbeil jun.-Graudenz mit je 169, 5. Bruno Gonsch-Konitz mit 166, 6. Richard Michler-Posen mit 163 und 7. Alfred Kelm-Bromberg West mit 160 Punkten. Fünfkampf: 1. Eugen Hofmann-Bromberg mit 98 und Gerd Heinrich-Bromberg mit 70 Punkten. Im 400-Meterstaffellauf errang den Sieg M. T. V. Bromberg mit 49⅗ Sekunden. Allen Siegern wurden Eichenkränze bzw. Sträuße und Urkunden überreicht. Noch am Sonntag abend fuhren die auswärtigen Teilnehmer in ihre Heimatorte zurück.

⚔ **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im 6. Polizeikommissariat an der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) befindet sich ein Herrenpelz mit feldgrauem Tuchüberzug, innen mit weißem Schafpelz, der in einem Eisenbahnzuge zwischen Posen und Ostrowo gestohlen worden ist. Ferner lagern dort 5 Meter aschgrauen

Stoff, je zwei Meter dunkelblauer, grüner und brauner Cheviot, der ebenfalls aus Diebstählen herrührt.

X **Diebstähle.** Vergangene Nacht wurde bei der Firma Wiza und Małuszek (fr. Zadek) in der Neuen Straße eine Schaufensterscheibe eingeschlagen und ein kurzer Damenpelz aus dem Schaufenster gestohlen. Ferner wurden gestohlen ein Fahrrad, Marke „Presto", vor dem Hause ul. Wielka 25 (fr. Breite Str.) im Werte von 10 Millionen Mk., vor dem Hause Odskok 2 (fr. Zentralstr.) ein Fahrrad „Torpedo" im Werte von 5 Millionen Mk.; ferner aus dem St. Josefsstift für 10 Millionen Kinderkleider und für 9 Millionen Mk. Kinderwäsche.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 24 Dirnen, 4 Betrunkene, 1 Bettler, 1 Obdachloser, 3 Personen wegen Diebstahls, eine wegen Betruges.

---

* Alt-Boyen, 23. Oktober. Am Donnerstag, 18. d. Mts., fand in unserer Gemeinde der diesjährige Konvent (Zusammenkunft) der evangelischen Geistlichen unseres Kirchkreises statt. Es war das erste Mal seit dem Bestehen des Kirchkreises, daß die Zusammenkunft nicht in der Kreisstadt Lissa, wie üblich, sondern in unserer Gemeinde abgehalten wurde. In geradezu vorbildlicher Weise hatten die evangelischen Gemeindeglieder, ohne Ausnahme hoch und niedrig, dem Ortspfarrer es möglich gemacht, die 11 Geistlichen mit ihren Frauen gastlich aufzunehmen. In der schönen Kirche, mit ihrer vornehmen Tönung, fand um 11 Uhr die Feier des heiligen Abendmahles für die Geistlichen und ihre Angehörigen statt, wobei Superintendent Smend-Lissa die Beichtrede hielt und der Ortspfarrer, Pastor Hein, ihm assistierte. Im Anschluß daran fanden die Besprechungen statt. Über das vom evangelischen Konsistorium gestellte Thema: „Die biblische Eschatologie und ihre Bedeutung für die kirchliche Gegenwart" gab Pfarrer Scholz-Wolfskirch den Bericht. Dieses zeitgemäße Thema war besonders in seinem zweiten Teil von hohem Interesse, weil es auf viele Fragen der Gegenwart, die die Gemüter stark beschäftigen, einging, wie: Okkultismus, Spiritismus, Theosophie, Spenglers Weltuntergang und Sektiererei. Der Konvent war erst abends um 10 Uhr zu Ende.

* **Bromberg, 24. Oktober.** Spurlos verschwunden ist seit gestern der Lehrling Edmund Neumann von der Firma „Rolnik" aus Margonin. Er wurde zum Einkassieren von Geldern nach Bromberg geschickt, hat auch 182 Millionen einkassiert und ist jetzt verschwunden. Ob ein Verbrechen, ein Unglücksfall oder vielleicht eine Unterschlagung vorliegt, ist noch nicht aufgeklärt.

* **Samter, 23. Oktober.** Der Händler Paul Altmann aus Gnuschin erschoß in der Meinung, daß sich Diebe seinem Hause näherten, vor kurzem in der Mitternachtsstunde die Näherin Cecilie Młotkowska auf seinem Hofe. Er hat sich sofort der Polizei gestellt.

* **Schirotzken, Kr. Schwetz, 22. Oktober.** Am gestrigen Sonntage feierte die evangelische Gemeinde das Fest ihres 150jährigen Bestehens. Am Vorabend fand unter Mitwirkung geschätzter Bromberger Kräfte eine musikalische Erbauungsstunde statt, auf die Leitmotive gestimmt: „Rufe mich an in der Not, so will ich dich erretten und du sollst mich preisen." Zum Festgottesdienste waren Vertreter der umliegenden Gemeinden und die benachbarten Pastoren erschienen, und die Jubelgemeinde füllte wie am Vorabend die Kirche bis auf das letzte Plätzchen. Die Festpredigt hielt Geh. Konsistorialrat D. Staemmler-Posen. Am Nachmittag schlossen Vorführungen der Jugendverbände unter Leitung des Ortspfarrers die würdige Feier ab, die für Herz und Gemüt aller Teilnehmer von nachhaltigstem Eindruck war.

* **Schöneck, 23. Oktober.** Über eine Mordtat bei Konarschin berichtet die „Deutsche Zeitung in Pommerellen": Am 21. September vormittags wurde von ihrer Mutter die 16jährige Gertrud Platt im Walde, mit einem Schuß in den Schädel, ermordet aufgefunden. Die Ermordete war die einzige Tochter ihrer Mutter, einer Witwe, die in bescheidenen Verhältnissen lebt, und wollte wegen ihrer Begabung Lehrerin werden. Der Täter ist dieser Tage in dem 16jährigen Maximilian Pick, dem Sohn eines berüchtigten Wilddiebes, ermittelt worden. Am Abend des Mordtages erschien gegen 10 Uhr die Platt in der Wohnung des Pick, die sich im selben Hause neben der ihrigen befand. Der Vater Pick befand sich zu der Zeit angeblich auf dem Wege zur Kirche. Nach dem Eintreten der Platt ins Zimmer ergriff der 16jährige Pick einen Revolver und traf das bedauernswerte Opfer so in den Kopf, daß der Tod bald darauf eintrat. Nach der Rückkehr des Vaters wurde die Getötete in den staatlichen Wald gebracht und die Leiche etwa 1½ Kilometer von der Wohnung entfernt auf eine Wiese niedergelegt. Die Familie Pick befindet sich im Gerichtsgefängnis Stargard in Untersuchungshaft.

* **Znin, 23. Oktober.** Der letzte Jahrmarkt war stark besucht, und auf dem Krammarkte herrschte eine lebhafte Kauftätigkeit. Händler mit Tuchwaren waren zahlreich erschienen, und auch die Kaufleute der Stadt machten gute Geschäfte. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt waren infolge Viehsperre nur Pferde vertreten. Es kosteten gute Stuten bis 120 Millionen, Durchschnittspferde 50—70 Millionen, Fohlen 1—1½jährig 20—27 Millionen, Saugfohlen, 3 Monate alt, 7—9 Millionen. Die Kauflust war nur gering.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Fr. in P. 1. Wir haben bereits mehrere Gerichtsurteile veröffentlicht — so erst dieser Tage ein solches des Posener Appellationsgerichts —, aus denen klar hervorgeht, daß heute für die Zurückzahlung von Hypotheken der Grundsatz „Mark gleich Mark", d. h. eine polnische für eine deutsche Mark, nicht mehr zutrifft. Die Umwertung der Hypothek ist mündlicher Vereinbarung zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner vorbehalten. Nach unserer Kenntnis erfolgt heute meist eine Einigung auf der Grundlage des 300-—500fachen des Nominalwertes der Hypothek in polnischer Mark. 2. Auch für die Hypothekenzinsen gibt es keine gesetzliche Norm. Hier muß ebenfalls die Verabredung Platz greifen.

S. K. Cz. Die Ablegung der Gesellenprüfung ist unter den angegebenen Umständen möglich. Näheres erfahren Sie bei der Posener Handwerkskammer.

E. H. in N. Da Sie in der Angelegenheit der Einschulung Ihrer Kinder bei der Posener amtlichen Stelle vorstellig geworden sind, können wir Ihnen einstweilen, bevor Sie andere Schritte unternehmen, nur raten, die Antwort auf Ihre Eingabe abzuwarten.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Deutschland Amerikas drittbester Kunde.** Aus Neuyork (Universal Telegraph Agency) wird uns berichtet: Der letzte Bericht des Bundes-Handelsdepartements stellt fest, daß sich im Monat Juli die Ausfuhr nach Kanada auf 59 439 000 Dollar, nach England auf 45 013 000 und nach Deutschland auf 24 934 000 Dollar belief, somit Deutschland als Abnehmer amerikanischer Produkte an dritter Stelle steht. Während der ersten sieben Monate des Jahres bezog Deutschland amerikanische Waren im Gesamtbetrage von 168 733 000 Dollar. Von Kanada und England abgesehen, hat kein anderes Land annähernd soviel Waren von den Vereinigten Staaten abgenommen. In dem Bericht des Bundes-Handelsdepartements wird angeführt, daß im Juli nach Deutschland mehr Baumwolle aus den Vereinigten Staaten ausgeführt wurde, als nach einem anderen Lande. Es wurden in jenem Monat 82 218 Ballen im fakturierten Wert von 11 367 978 Dollar, nach Deutschland geschickt. Wie gewaltig diese Bezüge sind, erhellt daraus, daß der zweitgrößte Abnehmer amerikanischer Baumwolle, Japan, im Juli nur 25 599 Ballen und England nur 12 324 Ballen Baumwolle abnahm. Deutschland war im Juli auch der größte Abnehmer amerikanischen Kupfers. Der Versand nach Deutschland von 16 729 000 Pfd. überstieg um 5 500 000 Pfd. den nach Frankreich, das als Kupferkäufer im Juli an zweiter Stelle stand. Auch während der ersten sieben Monate des Jahres waren die Verkäufe von amerikanischem Kupfer nach Deutschland wesentlich größer als nach irgendeinem anderen Land der Welt. Der fakturierte Wert der in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nach Deutschland verschickten Baumwolle betrug nach den Angaben des Bundes-Handelsdepartements 63 031 000 Dollar und der des Kupfers in derselben Zeit 15 841 000 Dollar.

Verkehr.

↗ **Der Transitverkehr Rußlands durch Polen.** Aus Warschau wird uns gemeldet, daß in den nächsten Tagen die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen des Transitverkehrs von Rußland nach Deutschland und umgekehrt beginnen werden.

↗ **Verkehrsnachrichten.** Die Staatsbahndirektion in Krakau teilt mit: Das Eisenbahnministerium wiederholt mit besonderem Nachdrucke, man möge der Beistellung von Waggons zur Verladung von Lebensmitteln für die größeren Städte und Industriezentren keine Schwierigkeiten entgegenstellen und solche Sendungen ohne ungerechtfertigte Verzögerungen befördern. — Die Warschauer Staatsbahndirektion hat für die Zeit vom 18. bis zum 24. d. Mts. die Annahme von Sendungen eingestellt, die in der Station Lodz-Fabrik zur Verzollung gelangen sollen. Eine Ausnahme bilden Sendungen für die Widzener Manufakturfabrik, die keiner Beschränkung unterworfen sind.

Wirtschaft

♀ **Das Steuerwesen in Polen.** Am Sonnabend fand im Finanzministerium eine Pressekonferenz statt, auf der der Leiter des Monopol- und Akzisendepartements Dr. Głowacki, in der Angelegenheit der letzten Erhöhung der indirekten Steuern, besonders der Zuckersteuer, eine Erklärung abgab. Dr. Głowacki wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die letzte Erhöhung der indirekten Steuern erfolgt sei, um den bereits vom Finanzminister Grabski angezeigten Weg zur Sanierung der Staatsfinanzen zu beschreiten. Wurden in Polen doch bisher nicht mehr als 27 Prozent der vor dem Kriege geleisteten Steuerbeträge gezahlt. Wenn der polnische Staat sich vor allen Dingen auf die indirekte Steuer zu stützen sucht, so sucht er nur den in allen europäischen Staaten bestehenden Grundsatz zu befolgen, deren Budgets sich fast ausschließlich auf die indirekten Steuern stützten. In Polen betragen die indirekten Steuern gegenwärtig 77 Prozent, die direkten Steuern 23 Prozent sämtlicher Steuereingänge. Auf die Zuckersteuer zu sprechen kommend, betonte Dr. Głowacki, daß die Zuckersteuer gegenwärtig in Polen 0,22 Złoty bei einem Złotykurse von 180 000 M. beträgt, während sie vor dem Kriege 0,38 Złoty betrug.

Geldwesen.

≡ **Notierung in Danziger Gulden. Die Danziger Handelskammer macht bekannt, daß die Notierungen an der Danziger Effekten- und Devisenbörse am Donnerstag, dem 25. Oktober, ausfallen. Freitag, den 26. Oktober, werden die Effekten- und Devisenkurse in Gulden notiert. Neu aufgenommen wird die Notierung von englischen Noten, und zwar wird diese Notierung, im Gegensatz zu den anderen Notierungen, in deutscher Mark erfolgen. Die Tätigkeit an der Börse am Mittwoch, dem 24. Oktober, ist bereits eingeschränkt worden, um den Banken und sonst beteiligten Kreisen die Möglichkeit zu geben, ihre Kassen und Buchhaltungen umzustellen. Es wurden nur die notwendigsten Geschäfte abgeschlossen.**

Von den Aktiengesellschaften.

Kalender der Generalversamml. 30. 10. 23. Herzfeld Viktorius T. A. in Graudenz (Bank Związku Posen, Plac Wolności 15, vorm. 11 Uhr). **31. 10. 23:** Cukrownia Tuczno T. A. (Inowrocław im Hotel Bast, nachm. 3 Uhr). **5. 11. 23:** Hartwig Kantorowicz T. A. (Bk. Przemysłowców, Zentrale, Posen, ul. 27. Grudnia 13, vorm. 11½ Uhr). „Warta" T. A. in Posen (Krajowe Ubezpieczenie Ogniowe, Landesfeuerversicherungsanstalt, Plac Nowomiejski Nr. 8, mittags 12 Uhr). Polski Przemysł Gumowy T. A. in Graudenz (Bureau des Notars Wysocki, Graudenz, ul. Józefa Wybickiego 31, 3 Uhr nachm.). „Pomorskie Zakłady Ceramiczne T. A." in Graudenz (Bank Budowlany in Warschau, abds. 7 Uhr). **9. 11. 23:** Drzewny Przemysł i Handel S. A. in Posen (Centralne Tow. Rolnicze, Posen, ul. Kopernika Nr. 30, nachm. 5 Uhr).

Dom Handlowy, T. A. in Kolmar. Die Generalversammlung findet am 8. November 1923, nachm. 4 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Kolmar statt. (M. P. 241.)

Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 23. Oktober 1923. (In Milliarden). Raff. Kupfer 99—99,3 Proz. 15—17, Orig. Hüttenweichblei 7—7,50, Hüttenrohzink (Frei) 8,25—8,75, Remelted Plattenzink 6,75—7,25, Hüttenaluminium und Walzbarren —,—, Bankazinn 56—58, Hüttenzinn (99 Proz.) 53—55, Reinnickel (98—99 Proz.) 32—34, Antimon Regulus (99 Proz.) 7,25—7,75, Silber 900 fein 1100—1150. London, 22. Oktober 1923. (Schlußnotierung). Kupfer per Kasse 60 5/8, 3 Monate 61, Elektrolitic 63 3/4—64 3/4 (64—65), Bestselected 63,5—65 (63,5—65), Strongsheets 92/8 (92/8), Zinn per Kasse 201¾ (204½), 3 Monate 200 (201¾). Blei nahe Sichten 28, entfernte Sichten 26¾ (26¾), Zink, nahe Sichten 33¾ (33¾), entfernte Sichten 32¾, Aluminium Inland 115, für Ausland 120, Antimon Regulus 38½ bis 39, Weißblech loko 23/1½, Quecksilber 9¼, Nickel für Inland 135, für Ausfuhr 135, Wolframerz 12½, Platin 500, Silber 32¾, auf Lieferung 31 13/10, Gold 91/9 (91/4).

Altmetall. Berlin, 22. Oktober 1923. **Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoffgesellschaft m. b. H. Berlin. Es wurde notiert in Milliarden Mkd. je kg, tiegelrecht verpackt, in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsp. Ab- bezw. Zuschlag:** Altkupfer 10, Altrotguß 9, Messingspäne 7½, Gußmessing 8, Messingabfälle 10, Altzink 4, neue Zinkabfälle 6, Aluminiumblechabfälle 18, Lötzinn 18, Altweichblei 5.

Börse.

‡ **Warschauer Börse vom 24. Oktober 1923. Die Tendenz** auf dem Devisenmarkt hat eine neue ziemlich starke Aufwärtsbewegung mitgemacht. Die Umsätze an der Börse sind erheblich gestiegen und die Nachfrage nach Devisen ist größer als vorher. Der Dollar kam amtlich auf 1 725 000, nachdem er bereits höher genannt war. Das englische Pfund erzielte 7 950 000, gab jedoch auf 7 835 000 nach. Die Dollarparität für das englische Pfund in Polenmark ist 8 025 000. Der Schweizer Frank wird mit 310 000 bewertet, der Goldfrank mit 340 000. Tschechenkronen erzielen 51 975, französische Franken 100 000. Die Effektenbörse ist heute ausgefallen. Inoffiziell bleibt die Tendenz schwach. Nichtnotierte Werte mit wenig Änderungen.

‡ **Krakauer Börse vom 23. Oktober 1923.** Die Börse beginnt mit fester Tendenz. Im weiteren Verlauf schwächt sich das Interesse ab. Von allen Papieren gewann am besten Zieleniewski, danach Tepege, Górka, Bank Małopolski und Hypoteczny. Andere Werte geringfügige Aufbesserung. Nachbörslich wird die Tendenz wieder fest. Nichtnotierte Werte Jaworzyna und Chybi begegnen belebterem Interesse. Es notieren offiziell: Bank Małopolski 470, Bank Związku Sp. Z. 530—535, Tohan 170—185, Żegluga 33—35, Zieleniewski 5000—5500, Cegielski 220—240, Pocisk 170, Trzebinia 190—210, Pharma 170—175, Parowóz 135—145, Górka 5200—5400, TPG. 2200—2400, Polska Nafta 130—140, Chmielów 450—400, Chodorów 1550—1625, Mydło 1225—1250, Elektrownia 100—118, Siersza górn. 4100—3700, Pokucie 270 bis 280. Nichtnotierte Werte: Jaworzno (klein 10 000 bis 9500, (groß) 83 000—84 000, Gazy Ziemne 11 800—12 500, Chybie 2900—2600, Silesia 1750, Lokomotywy 185, Nafta w Krośnie 150—180, Nitrat 90, Len 300, Kolumbia 26, Gazolin 90, Agrochemia 300.

‡ **Die Poln. Mark am 23. 10. 23. Danzig** 10 972 500 bis 11 027 500, Auszahlung Warschau 9 476 250—9 523 750. **London** Auszahlung Warschau 0.00001975 (Parität: 5 250 000. **Zürich**, Auszahlung Warschau 0.0005 (Parität: 200 000). **Riga**, Auszahlung Warschau 0,08 (Parität): 125). **Kattowitz** 9 090 900 (Parität: 0,000 101).

‡ **Ostdevisen in Berlin vom 23. 10.** Auszahlung: Warschau —, Bukarest 258 700 G., 261 300 B., Riga 213 400 G., 216 600 B., Reval 148 875 G., 151 125 B., Kowno 5247 G., 5353 B., Kattowitz 36 040 G., 36 960 B. Noten: Polen 33 670 G., 35 360 B., lettische Rubel 213 285 G., 213 715 B. estnische Mark 147 750 G., 149 250 B., Litauen 5 011 000 000 G., 5 269 000 000 B.

‡ **Züricher Börse vom 23. 10. 23.** (Amtlich.) Warschau 0.0005, Neuyork 5.61, London 25,215, Paris 32.25, Wien 0,007875, Prag 16,275, Italien 24.85, Brüssel 27,75, Ofenpest 0,0305, Sofia 5.35, Amsterdam 218.50, Kristiania 85,60, Kopenhagen 97,60, Stockholm 147,10, Madrid 74,90, Bukarest 2,675, Berlin (gestrichen), Belgrad 6,875, Athen 8,80 Konstantinopel 3.75.

‡ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität **1 664 900** Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). **Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 397 250 Mark polnisch.**

Kurse der Posener Börse.

	25. Oktober	23. Oktober
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	22 500—25 000	24 000—22 500
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	30 000	29 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	47 500—50 000	48 000—45 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	25 000—35 000	35 000—40 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	8100—8300	8000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	50 000	50 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	18 000—20 000	—,—
R. Barcikowski I.—VI. Em.	20 000—21 000	20 000—19 000
Brzeski Auto I.—III. Em.	25 000	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em.	23 000—26 000	24 000—23 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	4500	—,—
Centrala Skór I.—V. Em.	50 000—45 000	52 500—50 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	30 000—31 000	32 000—31 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	10 000—11 000	10 000—10 500
Hartwig Kantorowicz I. Em.	—,—	65 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4 500	4500—4000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	4000-5000-4500	4500—4000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	130 000-135 000	120 000-130 000
Juno I.—II. Em.	—,—	16 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	1450 000-1 500 000	1 400 000-1 450 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	925 000-950 000	950 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	40 000	—,—
Orient I.—II. Em.	—,—	5 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	15 000	—,—
Patria I.—VIII. Em.	16 000	16 000
Pneumatik I.—III. Em.	5 000	5000—4500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	40 000—42 500	40 000—37 000
„Unja" (früher Ventzki) I. u. III. Em.	175 000-190 000	160 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	70 000—80 000	65 000—70 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	230 000	240 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	8 000	8250—8000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	40 000	40 000—37 000

Tendenz: lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 25. Oktober.

Polenmark in Danzig 4 500 000
Dollar in Danzig 75 000 000 000

Warschauer Vorbörse vom 25. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,00001
Dollar 1 750 000
Englische Pfund in Warschau ... 8 100 000
Schweizer Franken in Warschau .. 312 000
Französischer Franken in Warschau 102 000

Warschauer Börse vom 24. Oktober.

Devisen:

Belgien	87 000—85 750	Paris	102 000—100 000
Berlin und Danzig	0.00001	Prag	51 975
London	7 950 000—7 835 000	Schweiz	315 000—310 000
Neuyork	1 750 000—1 725 000	Wien	24.70
Holland	—,—	Italien	78 000—77 350

Goldfrank 340 000

Berliner Börsenbericht

vom 24. Oktober.

Disk.-Kom.-Anl.	500 000 000 000.—	Auszahlung Holland	—.—
Auszahlung Warschau	—.—	" London	285 000 000 000.—
Polnische Noten	32 000.—	" Neuyork	63 000 000 000.—

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.